

Rundbrief

2012/1



Annamalt(Föhren): Die neue Freiheit kommt per Luftballon



Annamalt: Karawanen ziehen zum Wohlstand

Diese Ausgabe enthält drei Collagen von Annamalt aus der Veröffentlichung „Kriegsschauplätze sind Schaubilder des Krieges“.

Edward Naujok (beide Künstler leben in Föhren) hat zu den eminent politischen Bildern Texte entworfen, die die jeweiligen Darstellungen ergänzen. (vgl. diese Ausgabe Seiten 37-38)

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi,

auch am Ende dieses ereignisreichen Jahres - man denke nur an Fukushima und den Supergau oder die Kriege oder Bürgerkriege in der arabischen Welt- ist die Thematik Militarisierung weiterhin im Fokus:

- Da hat im Dezember 2011 die Bundesregierung ihren Rüstungsbericht 2010 vorgelegt: Deutschland hat im vergangenen Jahr deutlich mehr Kriegswaffen exportiert als je zuvor. Die Einnahmen der Kriegsindustrie sind um mehr als die Hälfte auf 2,1 Milliarden Euro - vor allem durch die Lieferung von Schiffen- gestiegen; eine Zunahme von 60%. Die Ausfuhr von Kriegsgerät in Entwicklungsländer hat deutlich zugenommen. Allein Pakistan hat 65 Millionen Euro an Waffen von Deutschland importiert. Saudi-Arabien nimmt Platz 10 der wichtigsten Zielländer ein.
- Waffen werden an Regenten und Diktatoren in Afrika, Asien und Lateinamerika geliefert, die die Menschenrechte mit Füßen treten und wie die jüngste Vergangenheit zeigt, werden die Waffen gegen friedliche Demonstranten gerichtet, z. B. in Ägypten, Libyen oder Syrien. In diesen Bürgerkriegs-Auseinandersetzungen spielen die Kleinwaffen eine wichtige Rolle, also Gewehre und Pistolen: häufiger ist berichtet worden, dass Waffen des deutschen Herstellers Heckler & Koch für Ägypten bestimmt, in Libyen zum Einsatz kamen. Die Waffenfirma Heckler & Koch hat der FDP in den vergangenen zwei Jahren 20 000 € gespendet. Dieses Geld floss unter anderem an den Ortsverband von Ernst Burgbacher, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.
- Als skandalös muss die Praxis der Genehmigung deutscher Waffenexporte bezeichnet werden: Der Bundessicherheitsrat entscheidet ohne jegliche Prüfung der künftigen Nutzung der tödlichen Waffen und deren Risiken. Die Entscheidung fällt in geheimen Sitzungen, denn es werden weder der Deutsche Bundestag noch die Öffentlichkeit über die Kriegswaffen-Exporte informiert. Ein Zustand, der für eine Demokratie völlig unwürdig ist.
- Das Geschäft mit dem Kriegswaffengerät ist im wahrsten Sinne des Wortes: Todsicher
- In Afghanistan und Pakistan sind Luftangriffe mit Drohnen – mit unbemannten Flugzeugen alltäglich geworden. Der internationale Militäreinsatz bekennt sich spätestens seit der Londoner Sicherheitskonferenz 2010 offen zu dieser „Shoot-an-Kill“ Strategie. Sie bedeutet, dass verdächtige Personen oder eine ganze Personengruppe direkt getötet, statt gefangen, angeklagt und vor der Gericht gestellt werden. Hier wird in eklatanter Weise internationales Recht gebrochen. Die Werte der westlichen Demokratien werden auf den Kopf gestellt und mit Füßen getreten. Die Akteure dieses Krieges entlarven damit ihre Strategie.

Das sind nur einige Facetten einer zunehmenden Militarisierung, nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Am 3. Dezember 2011 haben in Bonn ca. 5.000 Menschen gegen diesen Krieg in Afghanistan demonstriert. Bei regnerischen, kalten Wetter haben sich eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen, Organisationen und Institutionen auf den Weg durch die Bonner Innenstadt gemacht und mit phantasiereichen Transparenten, Verkleidungen und Materialien verdeutlicht: Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Die Partei die Linke war - neben pax christi die stärkste Gruppe - bei dieser friedlichen Demonstration; es gab noch nie so viele Organisationen, die so offensiv gegen diesen unsinnigen schon 10 Jahre dauernden Krieg auf die Straße gegangen sind.

Einige Tage später hat sich unser Präsident Bischof Algermessen - zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember - in einer Erklärung „gegen die Strategie des Tötens“ gewandt. Er verurteilt den schon beschriebenen Paradigmawechsel als eine nicht hinnehmbare Eskalation von Gewalt, die schwerste Menschenrechtsverletzung bedeutet. Der Bischof erinnert daran, dass die Bundeswehr in einer Gemeinschaftsproduktion der Düsseldorfer Rheinmetall und dem israelischen Drohnenhersteller IAI Drohen im Afghanistankrieg einsetzen wird.

Der Präsident beklagt zwar die permanente Verletzung der allgemeinen Menschenrechte, erwähnt „das Wort der deutschen Bischöfe“; „Gerechter Frieden“ vom 27.9.2000 Nr. 72, zu einer eindeutigen Absage an den Afghanistankrieg kann er sich offenbar nicht durchringen.

Erfreulicher ist da schon die „Aktion Aufschrei - stoppt den Waffenhandel - gemeinsam gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany!“

Diese Kampagne wird getragen von deutschen Friedensgruppen und Trägerorganisationen. SprecherInnen der Kampagne sind Christine Hoffmann Generalsekretärin von pax christi, Jürgen Grässin von DFG-VK und Paul Rüssmann von Ohne Rüstung leben.

Ziel dieser Kampagne ist ein Stopp des deutschen Rüstungsexports.

Inzwischen sind wir als Bistumsstelle Trier Mitglied im Aktionsbündnis dieser Kampagne geworden.

Was uns bleibt in dieser desaströsen Situation?

Gerade in diesen Dezembertagen werden wir durch den Propheten Jesajas aufgefordert, jeden Berg abzutragen und jedes Tal zu füllen, einen neuen Weg zu bahnen, damit endlich Weihnachten werde.

Nutzen wir also die Möglichkeiten des Protestes, der Unterstützung der Kampagnen gegen den Krieg, für Gerechtigkeit und Frieden bei uns und auf der bedrohten Erde.

Leisten wir unseren bescheidenen Beitrag auch 2012.

Schalom

Egbert Wisser

Die ‚Jungfrau‘ – ein Symbol der Befreiung

Jeremia bringt im Bild der ‚Jungfrau‘, all das Leid zum Ausdruck, was Israel im Zusammenhang des staatlichen Zusammenbruchs und dem darauf folgenden Exil erfahren hat (Jer 14,17-22). Die Jungfrau ist das Volk Israel, Gottes Tochter. Mit der geschichtlichen Katastrophe erleidet sie „eine unheilbare Wunde“ (Jer 14, 17).

Zurzeit Jesu stellen die Römer ihre Macht über Israel im Bild einer gefangenen und von einem Soldaten gedemütigten Jungfrau dar. In den Geschichten um Jesu Geburt steht Maria für die ‚unheilbare Wunde‘ des Volkes, von der Jeremia spricht. Es erleidet sie jetzt durch die Herrschaft Roms. Lukas sieht Maria nicht als ‚demütige Magd‘, sondern als erniedrigte Sklavin. Gott hat auf die Erniedrigung seiner Sklavin gesehen, so müssten wir die entsprechende Stelle des ‚Magnificat‘ richtiger übersetzen (Lk 1,48). Und ähnlich den Schluss der Verkündigungsszene: ‚Ich bin die ‚Sklaven‘ des Herrn (1,38). Maria steht nicht im Dienst Roms. Mit ihrem Ja-Wort hat sie sich in den Dienst von Gottes Befreiungsgeschichte stellen lassen. Das Ja zum Gott der Befreiung als ihrem ‚Herrn‘ macht ihr Nein zu den Herren der Welt stark und lässt sie das Lied der Befreiung singen (Lk 1,46-55).

Bei dieser Jungfrau geht es nicht um die biologische Frage ihres Jungfernhütchens, sondern um Wirtschaft und Politik: um das Schicksal Israels in der Zeit Jesu, die Verarmung des Volkes und die Repression des römischen Imperiums. Die Jungfrau ist in dieser Zeit das Bild des von Rom versklavten Israel in all seinen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Dimensionen.

Diese Jungfrau aber ist zugleich ‚in Hoffnung‘. In ihr wächst neues Leben – ein Leben, das in den Traditionen Israels und seinen Verheißungen verwurzelt ist, aber nicht daraus abgeleitet werden kann. Nicht ein neuer König, sondern Gott selbst wird als Retter und Befreier erwartet (Jes 35,6).

Das gibt der alten Verheißung an David und sein Königtum einen neuen Inhalt. Sie wird umgebogen – wie Lukas spätestens im Lobgesang der Jungfrau, dem Magnificat, und vor allem in der sog. Weihnachtsgeschichte zeigen wird:

- Der Messias wird zwar in der Davidstadt geboren, aber im Stall.
- Sein Platz ist die Krippe. Sie steht für das Kreuz: für das Kreuz der Römer, das denen blüht, die die Mächtigen von ihren Thronen stürzen wollen. „Am Anfang der Stall, am Ende der Galgen“, hat Ernst Bloch formuliert.
- Aber nicht einmal der Galgen ist das ‚letzte Wort‘: Gott wird das erniedrigte Königskind aus dem Hause Davids aufrichten. So steht es für Gottes Herrschaft. Sie soll gegen alle Weltordnungen und ihre Repräsentanten das ‚letzte Wort‘ behalten. Deshalb erhält das Kind schon

bei der Geburt die Titel, die Augustus für sich beansprucht: ‚Herr‘ und ‚Retter‘; denn dieses im Stall, in der Krippe und am Kreuz erniedrigte Königskind ist der Messias, der Gesalbte Gottes. Sein Leben steht für den Glauben an einen Gott, der die Mächtigen vom Thron stürzt und die Erniedrigten erhöht. In ihm und seinem Schicksal wird Gottes neue Welt lebendig, in der die Armen und Unterdrückten endlich zu ihrem Recht kommen. Sie beginnt mit der Geburt des Messias und wird – wenigstens im Fragment - Wirklichkeit in denen, die den Weg des Messias gehen.

Genau dafür steht das Bild der Jungfrau. Sie repräsentiert die Erniedrigung und das Ende der Erniedrigung. Gott hat ihre Erniedrigung angesehen. Damit ist der Anfang vom Ende gemacht.

Gott selbst kommt, um die Erniedrigten zu retten. Das Mysterium Gottes verbindet sich weder mit den Kronen der Mächtigen noch mit der abstrakten Herrschaft unmenschlicher Systeme. Es wohnt nicht in den Palästen der Mächtigen, nicht in Konzernzentralen und Banken, und auch nicht in Regierungszentren. Seine Wohnung findet es in der erniedrigten Jungfrau. Aus ihrem Schoß geboren kommt in dem Messias Jesus Gott selbst in die Geschichte.

Gott selbst wird kommen. Mit nicht weniger an Befreiung sollen wir uns zufrieden geben. Er kommt in die Geschichte und bleibt mit Israels Geschichte, mit der erniedrigten Jungfrau, verbunden. Und dennoch setzt er einen neuen Anfang, der nicht aus der alten Geschichte abgeleitet werden kann. Gott selbst – so das Bild der Jungfrau - setzt den neuen Anfang – und zwar ohne die Zeugungsgewalt eines der ‚großen Männer‘, die aus der Geschichte kommen und sie als Patriarchen oder auch als System eines Waren produzierenden Patriarchats beherrschen.

Diesem neuen Anfang können Menschen sich öffnen, indem sie Wege der Befreiung gehen. Als ‚jungfräuliches‘ Mysterium des Gottes, der kommt, bleibt Gott der instrumentellen Verfügungsgewalt des bürgerlichen ‚Selbst‘ entzogen, einem ‚Selbst‘ das sich in der Selbstbehauptung in der Konkurrenz sein eigenes Grab schaufelt und im ‚Krieg aller gegen alle‘ sich ‚selbst‘ und den Globus in den Untergang treibt.

In der Sensibilität für die Unverfügbarkeit des Mysteriums Gottes könnte eine rettende Kraft gegen eine instrumentelle Vernunft liegen, die mit der höchsten Präzision und Effektivität ihrer Instrumente, den Ast absägt, auf dem sie ‚selbst‘ sitzt und keine Vernunft mehr kennt, die dies reflektierbar- und erkennbar macht. Maria sagt ‚Ja‘ zum unverfügbaren Mysterium des Gottes der Befreiung und ‚Nein‘ zur Herrschaft über Menschen, die über Leben und Tod verfügt. Ihr Ja, das zugleich die Kehrseite ihres ‚Neins‘ ist, öffnet Türen aus dem Gefängnis eines abstrakt und mitleidlos funktionierenden Systems der Verwertung des Kapitals, dessen irrationalen Selbstzweck Menschen geopfert werden.

Weihnachtliche Gedanken von Heribert Böttcher



Wir trauern mit ihrer Familie um Brigitta Böckmann, die nach schwerer Krankheit in Halle gestorben ist. pax christi hat eine engagierte Mitstreiterin verloren.

Brigitta wurde von der Krankheit aus dem Leben gerissen, dass sie so geliebt und so bewusst und aktiv gestaltet hat. Brigittas besonders Engagement galt dem Nahen Osten.

Angestoßen durch den konziliaren Prozess und konkreten Erfahrungen in ihrem Engagement wie zum Beispiel dem Kirchenasyl hat sie sich immer konsequenter für eine Welt in Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt.

Berichte und Hinweise

Das Sozialforum Koblenz und das Ökumenische Netz – in beiden sind pax christi-Mitglieder aktiv - haben im letzten halben Jahr Veranstaltungen zu brisanten Themen angeboten: Am 10.08. in Koblenz-Goldgrube den Film „**Grundeinkommen**“, am 30.08. eine Diskussion zum Thema „**Land Grabbing**“; ebenfalls in Koblenz-Goldgrube am 08.11 „**Du bist arm dran**“, eine Information des Netzwerkes Soziale Arbeit Neuendorf.

Unser Mitglied Mario Andruet, der uns so oft mit seinen Bildern zum nachdenken aufgefordert hat, hat sein Elternhaus in der Bilsdorferstraße 28, Saarwellingen 03. 09. 2011 als Atelier am eröffnet. Er kennzeichnet es als

KUNSTwerkstatt

FREIraum

KULTURort

BEWEGUNGsstätte

FRIEDENspraxis

Damit hat die Friedensbewegung und natürlich auch pax christi im Saarland einen neuen Kristallisationspunkt gewonnen.

Im November starteten Waltraud und Mario Andruet dort eine Veranstaltungsreihe zum Thema Frieden.

07. November: „**Gier nach Krieg**“ Gesprächsangebot zur ökumenischen Friedensdekade 2011 mit Kirchenrat Frank-Matthias Hofmann, Saarbrücken und dem Geistlichen Beirat Horst-Peter Rauguth.

14. November: „**Jüdisches Boot**“ nach Gaza unterwegs! Zu einer Aktion israelischer Friedensaktivisten zur „Olivenernte in Palästina“, Bericht und Bilder von einer Solidaritätsaktion im Oktober 2011; Referenten: Dr. Edith Lutz, Preisträgerin des Rheinland- Pfälzischen Friedenspreises 2011 und von Andreas Hämer, Internationaler Versöhnungsbund, Großrosseln

21. November 2011: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland - Rüstungsexporte und Armut“ Bericht zur Aktion Aufschrei, Diskussion mit Thomas Hagenhofer, FriedensNetz-Saar, Saarbrücken

27. November 2011, 15.00 Uhr

Das Kunstforum Saarlouis präsentiert seinen **Kunstkalender** für das Jahr 2012. Anschließend findet ein Vortrag mit Diskussion statt zum Thema: **„Lebensmittel-Tafeln: ein Blick in die Hinterwelt der Warenwelt“**. Referent: Albert Ottenbreit, KAB Landesbezirk Saar.

Für den **1. September** hatte das FriedensNetz Saar vor dem Hauptbahnhof in Saarbrücken zu einer flash-mob Aktion aufgerufen.

66 Jahre Hiroshima/Nagasaki: **Atomwaffen aus Deutschland abziehen und weltweit ächten.** Die Kampagne „unsere Zukunft atomwaffenfrei“ hatte zum diesjährigen Gedenktag vom 04.-09.08 zu einer Fastenaktion nach Büchel aufgerufen. Der Protest wurde unter anderem in Gottesdiensten und Mahnwachen zum Ausdruck gebracht. Damit sollte der Forderung der Friedensbewegung Nachdruck verliehen werden, endlich die dort stationierten Atomwaffen der USA abzurüsten. An dem Camp nahmen von der Bistumsstelle Trier Joachim Willmann und Werner Schwarz aktiv teil.

Vom 02.-05. Mai geht von Koblenz aus **Pilgerweg** nach Trier mit verschiedenen Stationen unterwegs, an den einzelnen Orten kann man sich der Gruppe anschließen. Das Thema lautet: **Der heilige Rock – Zeichen der Solidarität im Widerstand gegen die Weltordnung.** Unter anderem beteiligen sich das Ökumenische Netz, das Dekanat Koblenz und pax christi.

Die Bistumsstelle unterstützt die Aktion der Koblenzer Gruppe - Thema auch beim dortigen Sozialforum im November - bei Ihren Protesten gegen die Umwandlung des Wohngebietes Sonnwiese zu Lasten der bisherigen Mieter durch eine Anfrage an die Diwo Home GmbH, deren Antwort mehr als unbefriedigend bleibt.

Nachdem die Bistumsversammlung sich über die Aktion **„Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“** informiert und das Ökumenische Netz das Thema vertieft hat, ist die Bistumsstelle Trier der Aktion beigetreten.

Bei der Vorstandssitzung vom 24.11. gab es mit dem Vertreter des Bistums für die Verbände Hans Casel einen **Meinungsaustausch** über Themen wie „Schulfrei für die Bundeswehr“, kirchliche Positionen zur Wirtschaftskrise, dem Dialog in der deutschen Kirche und der Verbändefinanzierung im Bistum Trier.

Inklusion statt sozialer Exklusion

„Und führe zusammen, was getrennt ist“

0. Zur Themenstellung

Unsere Themenstellung verbindet zwei Aspekte miteinander: die in den letzten Jahrzehnten gewachsene soziale Exklusion und das Motto der Wallfahrt zum ‚Heiligen Rock‘: „Und führe zusammen, was getrennt ist.“ Der ‚Heilige Rock‘ steht als Symbol für seinen Träger, für den Messias Jesus, der Menschen aus Ausgrenzungen befreit und zusammen geführt hat, damit sie solidarisch Mensch werden können.

Im Rahmen unserer Themenstellung wäre also danach zu fragen:

1. Wie lassen sich die Probleme beschreiben, die sich hinter dem eher technischen Begriff ‚sozialer Exklusion‘ verbergen?
2. Was bedeutet die Erfahrung ‚sozialer Exklusion‘ im Kontext der sich gegenwärtig verschärfenden Krise des Kapitalismus?
3. Welche theologische und politische Bedeutung könnte in diesem Zusammenhang das Symbol des ‚Heiligen Rockes‘ haben?
4. An welche Herausforderungen und Aufgaben erinnert es diejenigen, die als Getaufte Christus als Gewand angelegt haben (Gal 3,27f)?

1. Zu Begriff und Erfahrung ‚sozialer Exklusion‘?

Dass es in Deutschland wachsende ‚soziale Exklusion‘ und damit eine sich verschärfende Spaltung der Gesellschaft gibt, ist mit empirischen Daten belegt¹. Seit Ende der 1990er Jahre wird eine Zunahme der relativen Einkommensarmut registriert. Erheblich geschrumpft ist dagegen im gleichen Zeitraum die Anzahl der Bezieher mittlerer Einkommen². So wird zu Recht von wachsender Armut und einer abstürzenden Mittelschicht gesprochen. Diese Prozesse schlagen sich in einem hohen Armutsrisiko nieder³. Von Verarmung sind auch für Menschen in Erwerbsarbeit betroffen. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis des Ausbaus des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Armut begegnet uns also sowohl aufgrund von Arbeitslosigkeit als auch von Arbeitsverhältnissen, von denen Menschen nicht leben können.

¹ Vgl. die Angaben bei: Winfried Thaa, Markus Linden, Armut im demokratischen Wohlfahrtsstaat, in: Herbert Urlings, Nina Trauth, Lukas Clemens (Hg.), Armut, Perspektiven in Kunst und Gesellschaft, Darmstadt 2011, 140-149, Anm. 1.

² Allein im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 ist sie von 62 auf 54% der Bevölkerung gesunken. Vgl. Thaa, Linden, 140.

³ Vgl. auch den im Auftrag der Bundesregierung erstellten „Datenreport 2011“. Demnach stagniert die Armutsgefährdung in Deutschland auf hohem Niveau. Junge Welt vom 12.10. 2011.

Wer arm ist, bleibt von der Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen Leben der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Politik agiert in diesen Problemlagen mit neoliberalen Orientierungen. Sie nahmen ihren Ausgang in Krisenphänomenen, die sich bereits Anfang der 1970er Jahre in Form wachsender Staatsverschuldung und sich abzeichnender struktureller Arbeitslosigkeit zeigten. Sie beinhalten den Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung und den Umbau der Gesellschaften zu nationalen Wettbewerbsgesellschaften. In ihnen wird die Standortsicherung und damit die Wettbewerbsfähigkeit zur obersten Maxime⁴. Der Sozialstaat wird als Problem und der Markt als Lösung definiert.

Die neoliberalen Rezepte verschärfen die soziale Exklusion und machen als deren Kehrseite zugleich eine problematische Seite der Inklusion deutlich. Exklusion und Inklusion sind vermittelt über den Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt entscheidet sich, wer ausgegrenzt wird und wer dazu gehören kann. Die individuellen Lebenslagen von Menschen „sind durch und durch (arbeits)marktabhängig. Sie sind sozusagen die Perfektionierung der Marktabhängigkeit bis in alle Fasern der Existenz(sicherung) hinein.“⁵ Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse verschärfen den Druck, das Leben auf die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, d.h. auf die Verwertbarkeit der Arbeitskraft für die Vermehrung des Kapitals auszurichten und die entsprechenden Zumutungen in Kauf zu nehmen. Schließlich gilt: ‚Jede Arbeit ist besser als keine.‘

Menschen, deren ‚Humankapital‘ sich über den Arbeitsmarkt nicht oder nur zu prekären Bedingungen verwerten lässt, sind exkludiert, d.h. arm und aufgrund fehlender materieller Grundlagen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Für sie gilt: Ohne Moos nichts los.

Aber auch diejenigen, deren ‚Humankapital‘ über den Arbeitsmarkt Verwertung findet, stehen unter Dauerstress, d.h. unter dem Druck, so ‚mobil‘ und ‚flexibel‘ zu funktionieren, dass sich ihr ‚Humankapital‘ effektiv und kostengünstig verwerten lässt. Die geforderten Anpassungsleistungen sind immer wieder neu zu erbringen – und zwar ‚eigenverantwortlich‘. Unterwerfung soll als Selbst-Unterwerfung geschehen. Im Rahmen der sog. Hartz-Reformen und ihrer Kombination von Fördern und Fordern wurde ein Instrument entwickelt, mit dem der „Druck auf die Arbeitskräfte, sich den Zwängen des Arbeitsmarktes flexibel anzupassen“⁶ erhöht und die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Arbeitsverhältnisse durchgesetzt werden konnte. Hier wird deutlich, dass Inklusion nicht unreflektiert als Ziel formuliert werden kann. Vermittelt über den Arbeitsmarkt

⁴ Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995.

⁵ Ulrich Beck, Riskogesellschaft Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, 210.

⁶ Thaa, Linden, 144.

wird sie zur Zwangsinklusion unter die Verwertungsbedingungen der Arbeitskraft.

Menschen stehen unter dem Druck der Exklusion. aber auch der Zwangsinklusion. Ulrich Duchrow u.a. andere haben die psychischen Destruktionen beschrieben, die damit verbunden sind⁷:

Die Inkludierten sind einem psychischen, sozialen und materiellem Stress ausgesetzt, der sich in der „Angst vor Arbeitsplatzverlust, sozialem Abstieg und Verarmung und der damit impliziten Bedrohung der materiellen und sozialpsychischen Existenz und Identität“ zeigt⁸. Im Blick auf die Exkludierten sprechen die Autoren von einer doppelten Viktimisierung. Sie werden aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung ausgegrenzt und dabei für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht. Sie haben die sozialen Folgen von Ausgrenzung und diffamierender Schuldzuweisung zu verarbeiten. Die psychischen Schädigungen zeigen sich in kollektivem Perspektivverlust, individueller Desorientierung und Schädigung des Selbstwertgefühls. In einem verzerrten Weltbild übernehmen Exkludierte oft die sie stigmatisierenden Sichtweisen der sog. Eliten. Diese werden sichtbar in einer öffentlichen Propaganda, die das Schicksal der Ausgegrenzten als Versagen interpretiert und ihre Unterstützung durch Sozialleistungen als die Haushalte belastende Kostenfaktoren darstellt. Angesichts der psychischen Schädigungen der Verlierer in unserer Gesellschaft lässt sich erahnen, welche Spuren der Zerstörung die periodisch immer wieder neu angezettelten Diffamierungskampagnen hinterlassen – von Kohls Rede vom „kollektiven Freizeitpark“, über Schröders Faulenzerdebatten bis hin zu Westerwelles ‚spätromischer Dekadenz‘.

2. Inklusion und Exklusion in der Krise des Kapitalismus

Die Probleme um Exklusion durch Armut und Zwangsinklusion in den Arbeitsmarkt, von Sozialabbau und Staatsverschuldung begleiten uns bereits seit einigen Jahrzehnten. Dies ist kein Zufall, sondern der Krise des Kapitalismus geschuldet. Sie wurde in der Staatsverschuldung in den 1970er Jahren für viele zum ersten Mal greifbar. Als Strategie zur Bewältigung der Krise wurde der Neoliberalismus durchgesetzt. Die Staatsverschuldung sollte durch Maßnahmen wie Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung und vor allem durch die Akkumulation von Kapital auf den deregulierten Finanzmärkten bewältigt werden. Nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 und den staatlichen Rettungsmaßnahmen für Banken und Konjunktur sind wir nun wieder da gelandet, wo die Krise in den 1970er Jahren ihren

⁷ Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Kürger, Vincenzo Petrarca, Solidarisch Menschen werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung, Hamburg 2006.

⁸ Ebd. 119.

sichtbaren Ausgang nahm: bei der Staatsverschuldung – jedoch nun auf einem unvergleichlich höheren Niveau. Die Bankenkrise und die Krise der Finanzmärkte werden zu Staatskrisen.

Die Ausweglosigkeit der Politik zeigt sich in einem Dilemma: Die Staatsverschuldung zwingt zum Sparen. Der Sparzwang aber würgt eine Konjunktur ab, die über private oder öffentliche Verschuldung finanziert werden muss. Verschuldung fungiert seit Jahrzehnten als Konjunkturtreibstoff der Weltwirtschaft. Die wirtschaftlichen Erfolge der einen werden durch die Verschuldung der anderen, also durch Defizitkreisläufe finanziert. Wenn also Griechenland – wie es heißt – über seine Verhältnisse gelebt hat, hat es damit deutsche Exporte finanziert. Weil die Konjunktur von Defizitkreisläufen, also von Verschuldung abhängig ist, drohen mit Sparmaßnahmen konjunkturelle Einbrüche. Gleichzeitig wird deutlich: Die angehäuften Schulden sind nicht bezahlbar. Dies setzte eine Wirtschaftsleistung voraus, die nicht zu erbringen ist.

Die Krise, die sich auf den Finanzmärkten zeigt, hat Ursachen, die tiefer, nämlich in der kapitalistischen Produktionsweise selbst, liegen. Diese stößt auf eine innere logische Schranke, die sich nicht mehr überspringen lässt. Dies sei wenigstens kurz angedeutet:

Unternehmen produzieren in Konkurrenz zueinander. Daher sind sie zu einem ständigen Produktivitätsfortschritt gezwungen, d.h. dazu, immer höhere Summen in teure Technologie zu investieren und Arbeitsplätze abzubauen bzw. den Anteil der Arbeit an der Gesamtproduktivität zu reduzieren. Im Klartext: Die Produktion wird teurer und Arbeit ‚überflüssig‘. Ohne hinreichenden Einsatz von Arbeit aber kann der Kapitalismus nicht den Wert und Mehr-Wert produzieren, der nötig ist, um die technologischen Grundlagen der Produktion sowie die Kosten für soziale und ökologische Folgeschäden zu finanzieren.

Mit der Arbeit wird die für die Vermehrung des Kapitals nötige Substanz entsorgt. Der Kapitalismus kann sich selbst nicht mehr aus einer hinreichenden Wertmasse finanzieren und stößt auf die Grenze seiner Reproduktionsfähigkeit. Die Maßnahmen der Politik zielen darauf, diese Grenze durch die genannten neoliberalen Konzepte hinaus zu schieben. Die Ausweglosigkeit solcher Maßnahmen zeigt sich gegenwärtig in dem Dilemma von Sparzwang und der Notwendigkeit, Geld auszugeben, um Banken, Euro und Konjunktur zu retten.

Für unsere Frage nach Inklusion und Exklusion bedeutet dies: Das Ende der Fahnenstange ‚sozialer Exklusion‘ für die einen und des Zwangs zur Inklusion für die anderen ist noch nicht erreicht. Die Problemlagen dürften sich weiter verschärfen.

Was hilft da der ‚Heilige Rock‘? Als Symbol der Rettung kann er – das möchte ich deutlich machen – der Kirche Kraft zum Nachdenken, zur Neuorientierung und zu mutigem Handeln geben.

3. Der ‚Heilige Rock‘ als Symbol der Rettung

Vom ‚Heiligen Rock‘ erzählt das Johannesevangelium. Er ist Jesu Untergewand. Die Soldaten haben es nach Jesu Kreuzigung nicht zerteilt, sondern durch Los entschieden, wem es gehören soll. Dadurch hat es die Hinrichtung ‚überlebt‘ und ist zu einem Symbol der Rettung geworden.

Die Bitte des Pilgergebets ‚Führe zusammen, was getrennt ist...‘ wäre demnach als Bitte um Erlösung, um Rettung und Befreiung zu verstehen. Sie auf die Bitte um die Einheit der getrennten Kirchen zu reduzieren, griffe zu kurz. Es geht um das, wofür die Kirche steht: für die Einheit der Menschen als Menschheitsfamilie. Genau so hat es das II. Vatikanische Konzil formuliert: „In Christus ist die Kirche Zeichen und Instrument für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der Menschheit.“ (LG 1) Es geht also um unser Thema Inklusion und Exklusion. Aber in welchem Sinn?

Wenn das Untergewand Jesu aus der Zerteilung der Kleider ausgenommen wird, geschieht dies, weil Jesu Untergewand – wie Johannes betont - „von oben her ganz durchwebt und ohne Naht“ (Joh 19,23) war. Was es auch immer historisch mit dem Untergewand Jesu auf sich haben mag, für Johannes wird es durch diese Bemerkung zu einem Symbol, das für seine Sichtweise der Kreuzigung Jesu durch die Römer steht. Er interpretiert Jesu Leben und Sterben als Jesu Solidarität mit seinem unter Gewalt und Unterdrückung leidenden Volk und darin mit Israels Gott, der sein Volk aus der Knechtschaft Ägyptens befreit hat. In Treue zu diesem Gott – in Einheit mit dem Vater, wie Johannes immer wieder betont – geht Jesus seinen Weg in die Konfrontation mit der Macht, die Israel in der Gegenwart wieder in Knechtschaft und Unterdrückung hält.

Indem Jesus diesen Weg bis zur letzten Konsequenz geht, hält er seinem Gott und den Menschen, für die er sich einsetzt, die Treue. Auf diesem Weg, in seinem Wirken, ist er eins mit Gott, lässt er Wirklichkeit werden, was der Gottesname besagt – Rettung und Befreiung. In diesem Wirken lebt er die ‚nahtlose‘ Einheit mit Gott und kann so von sich sagen: „Ich und der Vater sind eins.“ (Joh 10,29)

Diese nahtlose Solidarität gilt aber auch aus der Perspektive des Vaters: Der Vater, der Gott Israels, hält Jesus im Tod seinerseits die Treue, ist mit ihm im Tod solidarisch. Dies macht Johannes in unserer Szene dadurch deutlich, dass er als Begründung für den Respekt der Soldaten gegenüber Jesu Untergewand auf die Schrift verweist: Im Verhalten der Soldaten – so heißt es bei Johannes - „sollte sich das Schriftwort erfüllen: Sie verteilten meine Kleider unter sich und warfen das Los um mein Gewand.“ (Joh 19,24)

Das Schriftwort stammt aus Ps 22 (V. 19). Dieser Psalm beginnt mit den Worten, die Markus und Matthäus als letzte Worte Jesu überliefern: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen...“ (Ps 22,2). Er ist das Gebet eines Menschen, der zu Gott schreit, weil er wegen seines Einsatzes für Gerechtigkeit ausgegrenzt, gedemütigt und verfolgt wird. Im Horizont des Leidens derer, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, interpretieren die Evangelisten Jesu Tod. Dabei setzt Johannes jedoch einen eigenen Akzent. Er will schon vor der Erzählung von der Auferstehung deutlich machen: Bei Jesu Kreuzigung „kommt Gott ins Spiel – und damit wird für die Geschichte Jesu eine Perspektive offen gehalten, die über dieses Ende hinaus reicht.“⁹ Gott hält dem von Rom hingerichteten Messias die Treue. Er ist solidarisch, eins mit ihm auch und gerade in seiner Kreuzigung.

Deshalb ist Jesu letztes Wort auch nicht – wie bei Markus und Matthäus – „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“, sondern: „Es ist vollbracht.“ (Joh 19,30), wörtlich übersetzt: Es ist vollendet bzw. Gott hat es schon vollendet. Und so kann Jesus – wie es weiter heißt – sein Haupt neigen und seinen Geist aufgeben. Und auch hier hilft eine wörtlichere Übersetzung genauer zu verstehen, was gemeint ist: Er übergibt seinen Geist – nämlich dem Vater. D.h. am Ziel seines Lebens angekommen übergibt Jesus den Geist, der in seinem Leben lebendig war, dem Vater: den Geist der Solidarität mit den Menschen, die nach Rettung schreien und darin mit Israels Gott, der sein Volk aus der Knechtschaft Ägyptens gerettet hat.

Diesen Geist empfangen die Jüngerinnen und Jünger am Ostermorgen, als der Auferstandene sie mit den Worten anspricht: „Empfangt des Heiligen Geist.“ (Joh 20,22), oder wörtlicher ‚Nehmt den Heiligen Geist‘! Sie sollen den Geist aufnehmen, den Jesus am Kreuz der Römer dem Vater übergeben hat. Von ihm sollen sie sich aufrichten und mitreißen lassen auf dem Weg der Solidarität.

Wenn Gott den von Rom Hingerichteten aufrichtet, seinem Weg der Solidarität Recht und der Geist den Jüngerinnen und Jüngern die Kraft gibt, trotz der Gefahr von Verfolgung und Tod den Weg des Messias zu gehen, dann ist der Tod des Messias am Kreuz der Römer nicht das Ende, sondern ein neuer Anhang. Nicht die Römer und ihr Imperium haben das ‚letzte Wort‘, sondern der Gott Israels, der von Ausgrenzung und Unterdrückung, von Unrecht und Gewalt, von Ägypten und von Rom befreit. Deshalb kann Johannes in der Stunde des Abschieds von seinen Jüngerinnen und Jüngern Jesus das Wort in den Mund legen: „In der Welt(ordnung) seid ihr in Bedrängnis; aber habt Mut: Ich habe die Welt(ordnung) besiegt“ (Joh 16,33).

⁹ Klaus Wengst, Das Johannesevangelium, 2. Teilband: Kapitel 11-22, Stuttgart 2001, 255.

Vor diesen politischen und theologischen Hintergründen kann sich erschließen, wofür das Symbol des ‚Heiligen Rocks‘ steht. Drei Facetten seien genannt:

1. Der ‚Heilige Rock‘ ist Symbol der Rettung und Befreiung. Er ist gerettet vor der zerstörenden Macht des Imperiums, die nach der Devise ‚Teile und herrsche!‘ funktioniert. Der Leibrock Jesu aber bleibt unzerteilt. Er ist der Macht Rom entzogen. Und so steht er für seinen Träger, den Messias Jesus. Ihn hat der Gott Israels vor der Macht Roms gerettet und so deutlich gemacht, dass Macht und Gewalt nicht das letzte Wort in der Geschichte haben.
2. Der Leibrock Jesu steht für das, was aus der vernichtenden Macht des Imperiums rettet: die Kraft der Solidarität. Von ihm heißt es ja, er sei „von oben her ganz durchweht und ohne Naht“ (Joh 19,23). ‚Nahtlos‘ ist Jesu Solidarität mit dem Vater, mit Israels Gott, der sein Volk befreit, ‚nahtlos‘ ist Gottes Solidarität mit dem gekreuzigten Messias. Vor solch ‚nahtloser‘ Solidarität muss das Imperium kapitulieren. Und so wird die Weltordnung auf den Kopf gestellt. Im römischen Kaiserkult werden der Kaiser und sein Imperium verherrlicht. Die Herrlichkeit Gottes aber zeigt sich in diesem gekreuzigten Messias und Gottes Solidarität mit ihm. Als ‚Herr und Gott‘ ließ sich der Kaiser verehren. Thomas aber spricht das, was im römischen Kaiserkult als dem Kaiser zugesprochen wurde, dem Gekreuzigten, den er an seinen Wunden erkennt, zu: „Mein Herr und mein Gott! (Joh 20,28)
3. Der ‚Heilige Rock‘ steht für Jesu Ermutigung an die Jüngerinnen und Jünger: „Bleibt in meiner Liebe. Oder genauer übersetzt: „Bleibt in meiner Solidarität!“ (Joh 15,9). Wie Jesus ‚nahtlos‘ mit dem Vater solidarisch ist und von der Solidarität des Vaters lebt, so sollen Jesu Jüngerinnen und Jünger getragen von dieser ‚nahtlosen‘ Solidarität, solidarisch miteinander Jesu Weg gehen. So wird der ‚Heilige Rock‘ als Zeichen der ‚nahtlosen‘ Solidarität zwischen Vater und Sohn zugleich zu einem Zeichen rettender Solidarität der Jüngerinnen und Jünger untereinander und mit allen von den Weltordnungen Ausgeschlossenen und Gedemütigten.

4. Eine Kirche im ‚Heiligen Rock‘?

Wer getauft ist, hat die alten Kleider ab- und das Gewand Christi angelegt. Dies wird im Taufkleid deutlich. Wir dürfen es als das ‚Gewand Christi‘, als den ‚Heiligen Rock‘ verstehen. Dann aber käme es für die Kirche nicht in erster Linie darauf an, den ‚Heiligen Rock‘ als Reliquie zu verehren, sondern den ‚Heiligen Rock‘ zu tragen, ihn als Zeichen dafür anzulegen, dass sie nach Wegen rettender Solidarität sucht.

4.1 Solidarität mit den sozial Exkludierten

Eine wichtige Form der Solidarität ist in der Kirche bis heute selbstverständlich geblieben, die Solidarität, die in der Hilfe für Arme und Ausgegrenzte zum Ausdruck kommt. Genau darin hat sich die junge Kirche von der antiken Welt unterschieden, in der Arme lediglich als Witzfiguren in den Palästen der Reichen eine Rolle spielten¹⁰. In den christlichen Gemeinden konnten sie erfahren, dass sie einen Platz hatten und das Leben der Gemeinden bestimmten.

4.2 Anwaltschaft versus Traumatisierung

Solidarität ist aber auch eine politische Herausforderung, insofern sich die Kirche als Anwalt der Ausgeschlossenen verstehen muss. Sie müsste deutlich zu machen, dass Ausgrenzung nicht einfach ein Problem individuellen Versagens oder individueller Leistungsverweigerung, sondern Ergebnis struktureller Verarmungs- und Ausgrenzungsprozesse ist. Anwaltschaft für die Ausgeschlossenen hieße dann auch, denen zu widersprechen, die soziale Problemlagen individualisieren und die Ausgeschlossenen für ihr Schicksal verantwortlich machen.

Kirche als Anwalt der Ausgeschlossenen hätte diese vor Diffamierungen derer zu schützen, die Ausgeschlossene als Versager und Leistungsverweigerer stigmatisieren. Aus der Arbeit mit Traumatisierten wissen wir, wie wichtig ein Zeuge und Anwalt ist, also Menschen, die den Betroffenen ihre Verletzungen glauben und sie bezeugen. Angesichts der periodisch immer wieder aufkeimenden Diffamierungen wäre es eine wichtige Aufgabe der Kirche, Zeuge und Anwalt derer zu sein, die nicht einfach individuelle Versager, sondern Opfer des Versagens einer kapitalistischen Gesellschaft sind, die immer deutlicher an ihre Grenzen stößt.

4.3 Kritische Auseinandersetzung mit der Arme strukturell ausgrenzenden kapitalistischen Gesellschaft

Diese Grenzen und damit die Krise der kapitalistischen Gesellschaft zu thematisieren und damit das Tabu der Unantastbarkeit des kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensmodells zu brechen, wäre eine wichtige Aufgabe der Kirche. Die Grenzen werden sichtbar, in den schwindenden Möglichkeiten, Menschen über gerecht bezahlte und gesicherte Lohnarbeit in die Gesellschaft zu integrieren sowie in dem Druck, der auch auf denen lastet, die sich den mit den Zwängen der Inklusion konfrontiert sehen. In der Verschuldungsproblematik wird deutlich, dass die kapitalistische Gesellschaft an die Grenzen ihrer eigenen Reproduktionsfähigkeit stößt.

¹⁰ Vgl. Elisabeth Herrmann-Otto, Christoph Schäfer, Armut, Arme, Armenfürsorge in der paganen Antike, in: Armut. Perspektiven in Kunst und Gesellschaft, 73-81

Statt diese gesellschaftliche Problematik durch Vorwürfe individuellem Versagens zu kaschieren oder Menschen in einen mörderischen Konkurrenzkampf um individuelle Selbstbehauptung in der Konkurrenz zu treiben und sie mit dem, was dann Bildung genannt wird, dafür auszurüsten, käme es darauf an, nach neuen Grundlagen des Wirtschaftens und Zusammenlebens zu fragen.

4.4 Orientierungen und Perspektiven

Genau dafür hätten die Inhalte, für die der ‚Heilige Rock‘ steht, einiges an Orientierung und Inspiration einzubringen. Der Glaube an den einen Gott, der Vater und Mutter aller Menschengeschwister ist, erinnert daran, dass Menschen nur solidarisch Mensch sein können – und zwar in einer Welt, in der alle Platz haben. In einer solchen Welt ist niemand aus,- aber auch niemand eingeschlossen. Weil der Mensch ein Mensch ist, hat er das Recht auf Leben und Zugang zu dem haben, was er zu einem menschlichen Leben braucht. Dies ist nicht verhandelbar, weil die Würde des Menschen nicht verhandelbar ist und deshalb auch nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden darf. Damit Menschen leben können, müsste die Produktion auf das ausgerichtet sein, was Menschen zum Leben brauchen, statt auf das, was die größten Chancen hat, Geld zu vermehren. Zu überlegen wäre, wie solch ‚solidarisches Menschwerden‘ in Strukturen des Zusammenlebens so gestaltet werden könnte, dass Menschen sich gegenseitig als Menschen anerkennen.

Noch schwerer, als Alternativen zu entwickeln, dürfte es für viele sein, die Notwendigkeit von Alternativen ein zu sehen. Zu sehr scheinen Menschen mit der Welt, wie sie ist, verschmolzen. ‚Wir haben keine Alternative.‘ ist das Fundamentaldogma, das die Köpfe beherrscht. Und je schärfer die Krise wird, scheinen sich viele noch umso mehr an die Gesellschaft zu klammern, die Ursache der Krise ist und das Heil in individueller Selbstbehauptung, letztlich im Krieg aller gegen alle zu suchen - statt in tastenden Versuchen, solidarisch Mensch zu werden.

Der ‚Heilige Rock‘ erweist sich als irritierendes und herrschende Plausibilitäten unterbrechendes Symbol. Als Zeichen der Rettung erinnert an seinen Träger, der ein Leben der Solidarität gelebt, darin ein Zeichen der Menschlichkeit gesetzt und Orientierung für eine menschliche Welt gegeben hat. Wem trauen wir als Kirche mehr zu: der Welt, wie sie ist, oder dem Messias Jesus und seiner neuen Welt, die Grenzen von Systemen überwindet, die Menschen ein- und ausschließen?

Heribert Böttcher

Der Beutekrieg um Libyen

Libyen - italienische Kolonie

Der heutige Staat Libyen ist ein Produkt der italienischen Kolonialmacht. Am 29. September 1911 marschierten italienische Truppen in das zum Osmanischen Reich gehörige Libyen ein. Auf Widerstände der Beduinen reagierten die Besatzer mit Razzien und Massenhinrichtungen. Italienische Piloten bombardierten zudem die wehrlose Oasenbevölkerung – aus den Jahren 1927/28 ist auch der Einsatz von Giftgas nachgewiesen. Die genaue Anzahl der libyschen Opfer des Eroberungskrieges ist bis heute nicht bekannt. Etwa ein Drittel der Bevölkerung fiel dem Hunger und den italienischen Militärs zum Opfer, bis in die jüngere Vergangenheit wurden die kolonialen Verbrechen Italiens geleugnet.

Libyen wurde am 24. Dezember 1951 unter Idris I., dem religiösen Oberhaupt des Senussi-Ordens, zur Monarchie erklärt. Das Erbe der Kolonialära war grauenhaft. So betrug die Analphabetenrate 95 Prozent der Bevölkerung. Nur 5000 Libyer hatten mehr als fünf Jahre Schulbildung, gerade 16 waren Hochschulabsolventen. Libyen zählte zu den ärmsten Ländern der Welt, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug umgerechnet durchschnittlich 15 Dollar. Die fruchtbarsten Ländereien befanden sich nach wie vor im Besitz italienischer Grundbesitzer, die einheimische Landarbeiter für einen Hungerlohn für sich arbeiten ließen. Der einzige bedeutende Exportschlager war Militärschrott, der auf verlassenen Schlachtfeldern aufgesammelt wurde.

Die Nachkolonialzeit

Nach den ersten Erdölfunden im Jahre 1955 duldete Idris, dass das libysche Territorium unter den weltweit führenden Erdölkonzernen faktisch aufgeteilt wurde, und kassierte für den Staatshaushalt nur eine vergleichsweise niedrige Grundrente. Die Öleinnahmen kamen fast ausschließlich Mitgliedern der privilegierten Oberschicht zugute, während die Bevölkerungsmehrheit in Armut und Unterentwicklung verblieb.

In der Zeit der Monarchie hatte sich ein Großteil der westeuropäischen Industrie auf die Verarbeitung libyschen Erdöls eingestellt. Ursache war einerseits dessen hochwertige Qualität, andererseits die günstige Verkehrslage: Bei einem Import aus Libyen konnten sich die Abnehmer den riskanten und teuren Transport durch den damals umkämpften Suezkanal sparen.

Der »Bund der Freien Unionistischen Offiziere« stürzte den von den USA und den Briten eingesetzten König Idris I. im Jahre 1969 durch einen im

wesentlichen unblutigen Militärputsch. Der gerade 27 Jahre alte Armeeoberst Muammar Al-Ghaddafi ließ sich als Oberhaupt der Verschwörung vom Revolutionären Militärrat als Befehlshaber der Streitkräfte bestätigen. Unter der Losung »Freiheit, Sozialismus, Einigkeit« wurde in der nun beginnenden Ghaddafi-Ära ein Prozess der radikalen Modernisierung der libyschen Gesellschaft in Gang gebracht.

Die Ghaddafi-Ära

Sofort nach dem Umsturz von 1969 forderte die Revolutionsführung den Ölkonzernen höhere Renditen ab. Mit den auf diese Weise um das Mehrfache gesteigerten Staatseinkünften wurden eine Reform des Bildungssystems und die Ausbildung libyscher Fachkräfte finanziert, so dass die Volks-Dschamahirija ein paar Jahre später die Erdölförderung komplett in eigene Hände nehmen konnte. Die in den 1970er Jahren extrem hohen Ölpreise sorgten für Milliardeneinnahmen im Staatshaushalt, mit denen Ghaddafi nicht nur Militär und Außenpolitik finanzierte, sondern auch Industrieunternehmen aus dem Boden stampfte und ein für afrikanische Verhältnisse vorbildliches Gesundheits- und Sozialsystem aufbaute. Libyen wies das höchste Pro-Kopf-Einkommen im nördlichen Afrika auf.

In der Wüste wurden moderne Städte errichtet, in denen die Bevölkerung nach Abriss der Altbauten mietfrei wohnen konnte. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 1970 bis 2010 von 53 auf 75 Jahre. Zudem wurde ein gigantisches Bewässerungsprojekt in Angriff genommen. Fossiles Grundwasser wird seitdem in der Sahara gefördert und in die Küstenregionen gepumpt. Die ökologischen Folgen des Projektes sind allerdings umstritten, die vorhandenen Grundwasservorräte erwiesen sich als begrenzt.

Ghaddafi unterstützte in den 1970er und 1980er Jahren verschiedene militante Gruppen der westeuropäischen und palästinensischen Linken; libysche Geheimdienstler sollen auch persönlich in verschiedene Anschläge verwickelt gewesen sein. Dieser Verdacht diente seit 1973 immer wieder als Anlass, Libyen mit Wirtschaftssanktionen zu belegen. In den 1980er Jahren erfolgten Zusammenstöße mit dem US-Militär, das schon damals, am 14./15. April 1986, die Hauptstadt Tripolis bombardiert hatte.

Trotz des mit Brachialgewalt vorangetriebenen Modernisierungsprogramms war es nicht gelungen, die traditionelle Stammesgesellschaft aufzulösen und das staatliche Modernisierungsprogramm war Ende der 1980er Jahre an seine Grenzen gestoßen. Die meisten Produkte der neu errichteten Industrieanlagen und dank des Bewässerungsprojektes erschlossenen

Agrarflächen erwiesen sich als überteuert und auf dem Weltmarkt nicht absetzbar. Dies lag weniger an der vielbeschworenen »Misswirtschaft« der libyschen Staatsbürokratie als vielmehr daran, dass Libyen ein »Zuspätkommer« in der Reihe der Industrienationen war. Die Abhängigkeit von der Ölförderung erwies sich für das libysche Entwicklungsmodell langfristig als fatal. Als der Absatz stockte und die Preise in den Keller fielen, fehlten dem libyschen Modernisierungsprogramm mit einem Mal die Grundlagen. Mitte der 1990er Jahre waren die Öleinnahmen auf ein Drittel des Standes von 1980 gesunken. Wo es nichts mehr zu verteilen gibt, funktioniert auch die erkaufte Loyalität nicht mehr: Die oppositionellen Kräfte erstarkten zunehmend. Die Bildung einer libyschen Nation war gescheitert und ein Auseinanderbrechen des Staates entlang der Stammesgrenzen stand bevor.

Joachim Guilliard (Der folgende Text erschien in Ossietzky 8/2011)

Die 1993 verhängten UN-Sanktionen verschärften die wirtschaftlichen Schwierigkeiten enorm. Das Bruttoinlandsprodukt BIP sank von 6.600 pro Kopf im Jahr 1990 auf 3.600 in 2002 und wuchs erst nach der Aufhebung der UN-Sanktionen im September 2003 wieder deutlich. Die Wirtschaftssanktionen blockierten die Modernisierung der Infrastruktur und brachten insbesondere auch alle Pläne, neben dem Erdöl andere Industriezweige zu entwickeln, nahezu zum Erliegen. Der wirtschaftliche Niedergang bremste natürlich auch die Entwicklung in sozialen Bereichen. Libyen sackte beim „Human Development Index“ (HDI), der anhand einiger Basisindikatoren wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Alphabetisierung das Entwicklungs- und Lebensniveau eines Landes zu messen sucht, Mitte der 90er vom 67. auf den 73. Platz ab. Nachdem die Staatseinnahmen, unterstützt durch den Anstieg des Ölpreises, wieder reichlich flossen, verbesserten sich auch die Lebensbedingungen wieder deutlich. Das Land liegt mittlerweile auf HDI-Rang 53, vor allen anderen afrikanischen Ländern.

Ghaddafi reagierte mit der für ihn typischen Schaukelpolitik und versuchte, das gestörte Gleichgewicht in der libyschen Gesellschaft wiederherzustellen. Putschversuche des Militärs und islamistische Aufstände ließ er brutal niederschlagen. Die Auslieferung von libyschen Geheimdienstoffizieren an ein schottisches Gericht wegen des Attentats von Lockerbie (21.12.1988) sowie Entschädigungszahlungen fasste der Westen zutreffend als Kniefall auf. In der Folge wurden Wirtschaftssanktionen und das Waffenembargo ausgesetzt. Ghaddafi war plötzlich ein bevorzugter Partner: Milliardeninvestitionen flossen in die libysche Wirtschaft, veraltete Ölförderanlagen wurden saniert, staatliche Investitionsprogramme zunehmend an westliche Firmen

vergeben und das Militär von westeuropäischen Waffenschmiedern neu aufgerüstet.

Durch die Privatisierung eines großen Teils der Staatsbetriebe stieg die Erwerbslosigkeit rapide an und betrug zuletzt an die 30 Prozent. Insbesondere die jüngere Generation sah für sich keine Perspektive mehr, die Jugendarbeitslosigkeit lag bei 40 bis 50 Prozent. Dies und die ständig steigenden Lebenshaltungskosten verbitterten Teile der Bevölkerung, während die neureiche Oberschicht nicht genug bekam und sich nach dem Wohlstand der Golf-Emirate sehnte. Libyens westlichen Partnern gingen wiederum die bereits eingeleiteten Reformen nicht weit genug. Sie erwarteten eine Streichung aller Subventionen sowie einen vollständigen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Noch im Frühjahr 2010 sicherte Ghaddafi zu, in den Folgejahren die gesamte Wirtschaft der Kontrolle privater Investoren zu übergeben. Dazu sollte es aber nicht mehr kommen.

Gaddafi stellte sich auch gegen die von der EU 2008 gegründete „Mittelmeerunion“ und nannte sie einen „neo-kolonialen Trick“ um die arabische und afrikanische Einheit zu zerstören. Der libysche Führer begründete seinen Boykott damit, dass es sich nur um ein weiteren imperialistische Ansatz handele. Mit der Beseitigung Gaddafis wäre das Militärbündnis nach dem Krieg gegen Jugoslawien auch einen Schritt weiter das Mittelmeer zum Binnenmeer der NATO zu machen. Nach dem Zypern der NATO-Partnerschaft beigetreten ist, Israel, Jordanien, Ägypten, Algerien, Tunesien und Marokko durch den „Mittelmeer Dialog“ der Allianz eingebunden sind, stehen nur noch drei Mittelmeeranrainer außerhalb des Militärbündnis, Syrien, Libanon und Libyen. „Partnerschaft“ mit der Nato bedeutet Öffnung des Landes für dessen Militär, insbesondere für US-Truppen und die US-Marine.

Libyen war der erste afrikanische Staat, der sich umfassend mit der Grenzschutzorganisation Frontex (maßgeblich durch die BRD organisiert) in das europäische Sicherungssystem zur Migrationsabwehr integrieren ließ. Hunderte von Booten mit afrikanischen Elendsflüchtlings, die über das Mittelmeer in Richtung Europa strebten, wurden seitdem von der libyschen Marine aufgebracht, Zehntausende Migranten interniert und zurück in Richtung Hunger und Bürgerkriegs-Chaos abgeschoben.

Angesichts der fortdauernden Krise der libyschen Gesellschaft traf Ghaddafi mehrere Entscheidungen, die ihn vermutlich das Vertrauen seiner westlichen Partner kosteten. In Verhandlungen mit der italienischen Regierung forderte er ultimativ eine Erhöhung der Wirtschaftshilfe und drohte, andernfalls die Abwehr afrikanischer

Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer einzustellen. Aus Sicht der Ölindustrie und des Westens war Ghaddafi nun nicht mehr tragbar. Man lauerte nur noch auf eine günstige Gelegenheit, ihn loszuwerden.

Unruhe in Nordafrika

In Tunesien, Ägypten etc. war es der soziale Niedergang in Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die materielle Not und die völlige Perspektivlosigkeit, die die Leute auf die Straße trieb. Im Vordergrund standen soziale Forderungen. In Libyen hingegen mit seinem relativen hohen Lebensstandard, litt kaum einer materielle Not. Auch in Libyen gingen – wenn auch nicht so zahlreich – junge Leute, Akademiker, Anwälte etc. gewaltfrei mit der Forderung nach mehr Freiheit, mehr Demokratie auf die Straße, veröffentlichten Manifeste oder bildeten Arbeitsgruppen, die eine demokratische Verfassung ausarbeiten wollen. In dem Maß, wie die militärischen Auseinandersetzungen eskalierten, wurden sie jedoch von den bewaffneten Aufständischen und den nun in Erscheinung tretenden abtrünnigen Regierungspolitikern und Führern der Exil-Opposition an den Rand gedrängt. Mit Beginn der NATO-Intervention waren sie endgültig aus dem Spiel.

In den Medien wird häufig beklagt, dass unklar sei, wer die Leute sind, an deren Seite die NATO nun Krieg führe und welche politischen Ziele sie verfolgen. Die Personen, die die Führung des Aufstandes übernommen haben und nach dem Willen der westlichen Kriegsallianz die Macht im Land übernehmen sollen, sind sehr gut bekannt. Es sind Exilpolitiker und ehemalige Regierungsmitglieder, die alle seit langem in engen Kontakt mit Washington, London und Paris stehen. An der Spitze steht, als Chef des „Exekutivrats“ Mahmoud Dschibril, der sich bis dahin in der libyschen Regierung als Leiter des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung um einen radikalen Privatisierungskurs bemüht hatte. Zuvor hatte er lange Zeit an US-amerikanischen Universitäten wirtschaftspolitische Planung gelehrt und war erst 2005 nach Libyen zurückgekehrt.

Eine zentrale Rolle bei der Organisation des Aufstands spielt die Nationale Front für die Rettung Libyens (NFSL). Diese wurde bereits 1982 mit israelischer und US-amerikanischer Unterstützung gegründet, um Gaddafi zu stürzen. Unter Führung des zur CIA übergelaufenen Kampfgefährten Gaddafis, Khalifa Haftar, legten sie sich 1988 mit der Libyschen Nationalarmee auch einen militärischen Arm zu. Die von den USA ausgerüstete kleine Untergrundarmee unterhielt in Virginia ein Trainings-Camp und führt seit den 1990er Jahren Aufstandsversuche und Terroraktionen in Libyen durch.

Die Schnelligkeit mit der sowohl der Aufstand eskalierte, als auch Frankreich, Großbritannien und die USA an der Seite der Rebellen

intervenierten, legt nahe, dass die Vorbereitungen schon lange vor dem 17. Februar begannen. Auch andere Hinweise deuten daraufhin. So verabredeten beispielsweise Frankreich und Großbritannien im November 2010 das gemeinsame Manöver „Südlicher Mistral“, bei dem die Luftwaffen beider Länder eine Diktatur in einem imaginären „Südland“ bekämpfen sollten. Geplanter Beginn der Übung war der 21. März 2011. Sie ging jedoch offensichtlich in die „Operation Morgendämmerung“ über – dem am 19. März von französischen Kampffjets eingeleiteten Luftkrieg gegen Libyen.

UN-Resolution 1973 - Krieg gegen Libyen

Wie jeder Krieg der NATO begann auch dieser mit einer großen Lüge. Der Ruf nach einer Flugverbotszone über Libyen wurde damit begründet, Machthaber Muammar al-Gaddafi würde die Luftwaffe gegen friedliche Demonstranten einsetzen und die „eigene Bevölkerung abschlachten“. Doch selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates gab an, dafür keine Beweise gesehen zu haben.

Am 18. März 2011 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 auf Grundlage von Kapitel VII UN-Charta bei zehn Ja- Stimmen und fünf Enthaltungen (Brasilien, China, Deutschland, Indien und Russland) eine Reihe von Maßnahmen, darunter die militärisch abgesicherte Einrichtung einer Flugverbotszone, welche mit der Sorge um den Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen begründet wurde. Die Resolution 1973 erlaubt zum Zwecke des Schutzes der Zivilbevölkerung den Einsatz militärischer Mittel, insbesondere gegen Angriffe aus der Luft.

Die Rolle der Vereinten Nationen in dem Konflikt in Libyen belegt, dass bei Entscheidungen über Krieg und Frieden nicht mehr wie, seit der Gründung der Vereinten Nationen am Ende des II. Weltkrieges gehofft, das Völkerrecht und die UN-Charta bei der Einhegung der Gewalt maßgeblich sind. Die Sicherheitsresolution 1973 unterlässt es zum ersten Mal, bei einem Beschluss für militärische Gewaltmaßnahmen nach Kapitel VII eine Bedrohung des internationalen Friedens zu begründen.

Die deutsche Regierung hat sich der Stimme enthalten, ließ es aber zu, dass die Koordination der Militäroperationen von dem Regionalkommando der US-Streitkräfte AFRICOM in Möhringen bei Stuttgart aus durchgeführt wurde und stimmte auch der Übernahme des Kommandos durch die NATO zu. Gutgläubig verweist die Bundesregierung bezüglich ziviler Opfer der militärischen Maßnahmen der NATO-Bombardements, auf die Beteuerung des NATO-

Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, der „versichert, dass die NATO alles tue, um zivile Opfer zu verhindern“.

Seit dem 19. März bombardiert eine neue „Koalition der Willigen“ Tag für Tag libysche Städte und Armeeeinheiten. Alle Vermittlungsvorschläge werden ignoriert. In einem gemeinsamen Kriegsappell, den sie via Washington Post, Times und Le Figaro in die Welt schleuderten, gaben die drei Kriegsherren – US-Präsident Barack Obama, der britische Premier David Cameron und Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy bekannt, das das Bündnis Libyen weiter angreifen müsse, bis der Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi verjagt sei.

735 Kampfeinsätze flog die Westallianz allein in den ersten 10 Tagen. In der Folge häuften sich die Meldungen über Opfer unter der Zivilbevölkerung. Der Vertreter des Vatikans in Tripolis, Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli hatte selbst bis Ende März schon 40 durch NATO-Bomben getötete Zivilisten gezählt, ein Arzt aus der Hafenstadt Misrata sprach von 160 Toten. Die Bombardierungen gingen nach dem Wechsel des Kommandos an die NATO unvermindert weiter. In den ersten sechs Wochen ordnete sie 2600 Luftangriffe an, das sind über 60 pro Tag. Auch Uranmunition, mit der bereits Kampfgebiete im Irak, Jugoslawien und Afghanistan radioaktiv verseucht wurden, kommt offenbar wieder zum Einsatz. Die Opfer dieser Angriffe, die in den Medien nie Erwähnung finden, müssen mittlerweile in Hunderte wenn nicht Tausende gehen.

Die Angriffe überschritten von Anfang das an sich schon sehr weit gefasste Mandat des Sicherheitsrates noch bei weitem. Sie dienten zu keiner Zeit der Erzwingung eines Flugverbots. Kein Flugzeug der libyschen Luftwaffe war nach Verabschiedung der UN-Resolution in der Luft gewesen. Neben aller Art von militärischen Zielen wurden auch viele zivile Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Häfen oder Telefonanlagen bombardiert. In Tripolis wurde schon in den ersten Tagen eine Klinik getroffen. Mit Angriffsserien auf Bodentruppen der libyschen Armee versuchen die Kampfjets der NATO seither den Aufständischen den Weg nach Westen freizuschießen.

Die Hauptaufgabe der Rebellenmilizen lag darin, durch ihr Vorrücken die Verteidiger zu einer Reaktion zu zwingen. Sobald diese begannen, sich den Angreifern entgegenzustellen, wurden sie von Kampfjets und Hubschrauber unter Feuer genommen. Man wird wohl nie erfahren, wie viele tausend, praktisch wehrlose Verteidiger dabei massakriert wurden.

So versenkten NATO-Jets mehrfach Boote, auf denen libysche Soldaten aus unhaltbar gewordenen Stellungen zu entkommen suchten.¹¹

Bald häuften sich auch Berichte über brutale Angriffe aufständischer Kräfte auf schwarzafrikanische Fremdarbeiter. Eine Million afrikanischer Flüchtlinge und Tausende afrikanischer Wanderarbeiter sind nun in Gefahr, ermordet zu werden. Als Vorwand für die Übergriffe dient meist der Verweis auf schwarze Söldner in den Reihen der Regierungstruppen. Opfer sind jedoch meist einfache Arbeiter und Flüchtlinge.

Zahlreiche Regierungen verschärften daraufhin ihre Kritik am militärischen Vorgehen der NATO in Libyen. Die Afrikanische Union (AU) forderte die NATO eindringlich auf, Militäreinsätze gegen Mitglieder der libyschen Führung und die „sozio-ökonomische Infrastruktur“ Libyens zu unterlassen. Was bedeute das, „wenn die gesamte so genannte zivilisierte Gemeinschaft mit ihrer gesamten Macht über ein kleines Land herfällt und seine über Generationen aufgebaute Infrastruktur zerstört?“

Während die libysche Regierung sich jedoch kompromissbereit zeigt und alle Vermittlungsvorschläge akzeptierte, blieben die Führung der Aufständischen und Kriegsallianz unerbittlich und setzen weiterhin auf deren Sturz. Giuseppe Sacco, Professor für internationale Beziehungen an der Luiss Universität in Rom meint, der Bürgerkrieg werde zum Krebsgeschwür das die territoriale Einheit des Landes zerstören und zu seiner Teilung führen. Hunderte Elite-Soldaten von Spezialeinheiten der USA, Frankreich und Großbritannien operieren schon seit langem auf dem Boden des nordafrikanischen Landes, einige vermutlich schon vor dem Beginn des Aufstandes. Diese liefern nicht nur Zieldaten für die Bomben, sondern sollen auch die Schlagkraft der Rebellen-Milizen durch Ausbildung und Beratung erhöhen. Ungeachtet des, an sich für beide Seiten geltenden Waffenembargos werden die Aufständischen zudem auch seit Wochen über Ägypten mit modernsten Waffen versorgt.

Prof. Reinhard Merkel, FAZ, 22.3.2011 - Reinhard Merkel lehrt Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg.

Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats vom 17. März, die den Weg zur militärischen Intervention in Libyen freigab, und Maß und Ziel dieser Intervention selbst überschreiten die Grenzen des Rechts. Ob man Gewalttaten unterbinden oder Diktatoren zum Teufel jagen soll, ist die eine Frage – eine ganz andere ist es aber, ob man zu diesem Zweck einen Krieg führen darf, dessen Folgen politisch wie normativ schwer abzusehen sind.

¹¹ 30.08.2011 junge welt Der Fall von Tripolis. Von Joachim Guilliard Ausführliche Analyse im Internetblog des Autors: jghd.twoday.net

Schon Kant hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1796 festgehalten, die Intervention äußerer Mächte in einen unentschiedenen Bürgerkrieg sei „eine Verletzung der Rechte eines nur mit seiner inneren Krankheit ringenden, von keinem andern abhängigen Volks“. Kant hat recht mit dem Hinweis, das bezeichne ein Ringen des Volkes mit seiner „inneren Krankheit“, verletze jedoch dessen Autonomie gegenüber anderen Völkern nicht. Das tut erst die gewaltsame Entscheidung des Konflikts durch externe Dritte. Nach Kriterien, die sich inzwischen auch im Völkerrecht durchsetzen, war Gaddafis Despotenregime nach innen, der eigenen Bevölkerung gegenüber, niemals legitim. Davon zu unterscheiden ist seine Legitimität nach außen gegenüber allen anderen Staaten der internationalen Gemeinschaft. Aber heißt dies alles nicht, einem geknechteten Volk das Recht bestreiten, sich gegen seinen Unterdrücker zu erheben? Nein. Es bezeichnet die Schwelle, jenseits derer externe Mächte in das Ringen eines Volkes „mit seiner inneren Krankheit“ gewaltsam eingreifen dürfen.

Walter van Rossum, Der Freitag, 20.04.2011 - Der Publizist Walter van Rossum lebt in Köln und Marokko

Die Interventionsstrategen können sich mittlerweile auf eine Kraft schier blind verlassen: die Medien, es wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Statt vorsichtig zu werden, haben unsere Medienvertreter mittlerweile alle Scheu abgelegt. In ihren Augen ist nicht der Krieg der Zivilisationsbruch, sondern die Verweigerung des Bombardements. Niemand verkörpert diese Haltung mit mehr schauriger Grandezza als Claus Kleber vom ZDF. Abend für Abend bringen Kleber und die Seinen ihren gerechten Krieg in moralische Höchstform. Wir hören allein von getöteten, verletzten, bedrohten und geschundenen Rebellen. Menschen, die wir angeblich nur mit Bomben retten können. Wir in unseren Sesseln müssen bloß ein bisschen zustimmen, den Rest erledigt dann schon die NATO. Über Libyen wissen wir fast nichts, schon gar nicht, wie viele Menschenleben die smart-bombs des Humanismus bislang gekostet haben.

Bischof Martinelli aus Tripolis: „Bombenangriffe: eine Niederlage für die Menschlichkeit“

„Wir wurden eine halbe Stunde nach Mitternacht aus dem Schlaf gerissen und ich weiß nicht, welches Ziel die Bomben treffen sollten“, so Bischof Martinelli. „Hier in der Umgebung wohnen viele Familien mit Kindern. Die Menschen verließen von der Panik ergriffen ihre Wohnungen und gingen auf die Straße. Es heißt, dass die Bomben gezielt abgeschossen werden, doch sie erschüttern das Leben unschuldiger Menschen. Wie kann man denken, dass man eine Stadt bombardiert, ohne dass dies Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hat.“

Man versetzt die Menschen in Panik. Wie können die Vereinten Nationen so etwas zulassen?“.

Das Ziel des Krieges

Manlio Dinucci, Il Manifesto, 22.4. 2011 Übersetzt aus dem Italienischen von Bernd Duschner

Das Ziel des Krieges in Libyen ist nicht nur das Öl. Die Reserven des Landes (geschätzt auf 60 Milliarden Barrel) sind die größten in Afrika und die Kosten für seine Gewinnung zählen zu den niedrigsten in der Welt. Es ist auch nicht allein das Erdgas. Die Reserven werden auf 1500 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Im Visier haben die „Bereitwilligen“ der Operation „United Protector“ auch die staatlichen Fonds, die Gelder, die der libysche Staat im Ausland investiert hat. Die staatlichen Fonds, die der „Libyan Investment Authority“ (LIA) verwaltet, werden auf rund 70 Milliarden Dollar geschätzt. Sie betragen über 150 Milliarden Dollar, wenn die Auslandsinvestitionen der Zentralbank und anderer Organe mitgerechnet werden.

Tripolis verfügte über einen Handelsbilanzüberschuss von rund 30 Milliarden Dollar pro Jahr, die es zu einem großen Teil für Investitionen im Ausland verwandte. Die herrschenden Kreise in den USA und Europa haben sich - bevor sie militärisch Libyen angegriffen haben, um seine reichen Energievorkommen in die Hand zu bekommen – der Mittel der staatlichen Fonds bemächtigt. Am 28. Februar, hat das US Schatzministerium die Gelder „eingefroren“. Nach offiziellen Erklärungen ist es die größte Geldsumme, die jemals in den USA blockiert wurde. Washington hält sie fest auf einem „Konto für die Zukunft Libyens“. Wenige Tage später hat die EU rund 45 Milliarden EUR libyscher Fonds eingefroren.

Die Beschlagnahme der staatlichen libyschen Fonds wird eine besonders starke Auswirkung auf Afrika haben. Hier hat die Libysch-Arabisch-Afrikanische Investment Gesellschaft in über 25 Länder, davon in 22 subsaharische Länder investiert. Die libyschen Investitionen waren entscheidend für die Realisierung des ersten Telekommunikationssatelliten der Rascom (Regional African Satellite Communication Organization). Er trat im August 2010 in den Orbit ein und ermöglicht es den Afrikanischen Ländern, sich schrittweise von den amerikanischen und europäischen Satellitensystemen unabhängig zu machen und dabei jährlich Hunderte von Millionen Dollar einzusparen.

Noch wichtiger waren die libyschen Investitionen für die Schaffung von drei Finanzinstituten, mit der die Afrikanischen Union begonnen hat: dem Afrikanische Investmentbank mit Sitz in Tripolis, dem Afrikanische Währungsfonds mit Sitz in Yaounde (Kamerun) und der Afrikanischen Zentralbank mit Sitz in Abuja (Nigeria). Die Entwicklung dieser Institute würde es den afrikanischen Ländern ermöglichen, sich der Kontrolle von Weltbank und Weltwährungsfonds, Instrumenten der neokolonialen

Herrschaft, zu entziehen. Sie würde das Ende des französischen CFA Franc bedeuten, einer Währung, deren Nutzung 14 ehemalige französische Kolonien gezwungen sind. Das Einfrieren der libyschen Fonds versetzt dem ganzen Projekt einen schweren Schlag.

Von Joachim Guilliard Ausführliche Analyse im Internetblog des Autors: jghd.twoday.net

Die italienische Bankengruppe, die zweitgrößte Europas, schmiedet bereits seit längerem Pläne zum Neuaufbau eines Banksystems in der Rebellenhauptstadt Bengasi, maßgeblich vorangetrieben von ihrem Vizepräsidenten Farhat Omar Bengdara, der bis vor kurzem noch der Gouverneur der Libyschen Zentralbank war. Bengdara gehört mit dem Chef des „Exekutivrats“ der Rebellen, Mahmoud Dschibril, und dem früheren libyschen Wirtschaftsminister Ali Al-Issawi zu dem Kreis von libyschen Führungspersonen, die sich vergeblich für eine wesentlich stärkere wirtschaftliche Liberalisierung des Landes und mehr ausländische Investitionen einsetzten und ihre Vorstellungen nun durch den Aufstand durchsetzen wollen. Der wirtschaftsliberale Banker, der wegen seines Nebenjobs als Vizepräsident von UniCredit, sehr oft in Mailand weilte, hatte sich gleich zu Beginn des Aufstands ins Ausland abgesetzt. Bengdara hatte sicherlich nicht nur zur italienischen Geschäftswelt enge Kontakte, sondern auch zu Berlusconi's Regierung. Die Zusammenarbeit mit einer solchen Person, dürfte erheblich dazu beigetragen haben, die italienische Regierung zu überzeugen, trotz der engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Libyen an der Seite der Aufständischen in den Krieg zu ziehen.

Es geht jedoch nicht nur um die libysche Ressourcen, befürchtet u.a. Molefi Asante, Professor für Afrikanisch-Amerikanische Studien an der Temple University in Philadelphia, sondern um die Ölreserven und die Rohstoffe des ganzen Kontinents. In der Tat hat Afrika im letzten Jahrzehnt enorm an Bedeutung für die Rohstoffversorgung gewonnen. Auch das gewaltige, vollständig in Eigenregie durchgeführte Wasserprojekt, durch das die Wohnungen der Küstenstädte mit den unter der Sahara liegenden gigantischen Grundwasservorräten versorgt wird, weckt sicherlich Begehrlichkeiten bei internationalen Konzernen. Die französischen „drei Schwestern“ Veolia, Suez-Ondeo und SAUR beherrschen zusammen bereits 40 Prozent des Weltwassermarktes. Eine Reaktion für diese, von Washington als große Bedrohung wahrgenommene Entwicklung war die Gründung von AFRICOM in Möhringen bei Stuttgart als eigenständiges Kommando der US-Streitkräfte. Asante sieht daher die große Gefahr, dass die USA die Angriffe auf Libyen als Test für die Effektivität von AFRICOM benutzen und der Krieg die Tür zu weiteren direkten Interventionen in Afrika öffnen wird.

AFRICOM unterhält direkte militärische Beziehungen zu den Armeen von 50 afrikanischen Staaten. Nur fünf Staaten verweigerten sich bzw. wurden nicht gefragt: Libyen, Sudan, die Elfenbeinküste, Eritrea, die Demokratische Arabische Republik Sahara und Zimbabwe. Der Sudan wurde geteilt, Libyen liegt nun unter Feuer und Zimbabwe gilt neben Syrien als wahrscheinlichster Kandidat für den nächsten Angriff der NATO-Staaten. Libyen steht mit seinem Engagement für die Einigung der afrikanischen Länder und die Förderung der Afrikanischen Union (AU) dem Bemühen der USA und der alten Kolonialmächte, ihren Einfluss in Afrika wieder auszuweiten diametral entgegen.

Wie dem Krieg fehlt es auch der Kriegsbeute kaum an auswärtigen Paten. Verteidigungsminister de Maizière kann sich die Bundeswehr in Libyen durchaus vorstellen. Das deutet nicht nur auf deutschen Nachholbedarf, sondern auch auf Gestaltungswillen und Risikofreude. Ein Land zu befrieden, dessen Bürgerkrieg noch nicht vorbei ist, bei dem es sich um eine Stammesgesellschaft handelt und das über gewaltige Ressourcen verfügt, das spornt doch an und fällt gewiss leichter als in Afghanistan.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dankte der NATO für die Kriegführung. »Ich habe tiefen Respekt für diesen Einsatz. Im Übrigen hat unsere Enthaltung im UN-Sicherheitsrat zu keinem Zeitpunkt Neutralität bedeutet«, betonte die CDU-Vorsitzende in Berlin.

Das Libyen des Muammar Al-Ghaddafi - die letzten Wochen

10.09.2011 junge welt Von Rüdiger Göbel

Mehr als 22000 Einsätze hat die NATO seit Ende März gegen das nordafrikanische Land geflogen, bisher 8256 mal wurde es bombardiert. Für NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verlief die ganze Operation klinisch rein. Man habe »keine bestätigten Informationen über zivile Opfer«, erklärte der Chef der Kriegsallianz bei einem Besuch in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon am Donnerstag. Der Libyen-Einsatz sei fehlerlos gewesen und »sehr behutsam« durchgeführt worden. »Der Einsatz war ein Erfolg«, ein Massaker sei verhindert und sehr viele Menschenleben seien gerettet worden - Übergangsrat spricht von bisher 30000 Toten und 50000 Verletzten.

16.09.2011 junge welt Von Arnold Schölzel

Großbritanniens Premierminister David Cameron und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy feierten am Donnerstag in Tripolis mit der auf ihre Veranlassung ins Amt gebombten neuen Führung des Landes den Sieg über den langjährigen Staatschef Muammar Al-Ghaddafi. Der Rat sicherte zu, bei künftigen Geschäften die westlichen Verbündeten zu bevorzugen.

12.10.2011 junge welt

Libyen: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) berichtete am Wochenende, zahlreiche Menschen in Sirte müssten wegen fehlender medizinischer Versorgung sterben. IKRK-Teamchef Hichem Chadraoui berichtete nach einem Besuch in der Küstenstadt, wegen Mangels an Sauerstoffflaschen und Treibstoff für Notstromgeneratoren wären bereits viele Patienten des Krankenhauses in Sirte gestorben.

14.10.2011 junge welt

Sirte: Amnesty International (AI) hat die neue libysche Führung aufgefordert, die Haftbedingungen für Gefangene zu verbessern. In einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht prangert die Menschenrechtsorganisation Foltermethoden in Haftzentren und willkürliche Festnahmen an. Zahlreiche Gefangene wurden dem Bericht zufolge geschlagen. Es gebe Beweise dafür, dass gefoltert wird, »um Geständnisse zu erpressen oder um zu bestrafen«.

17.10.2011 junge welt Von Rainer Rupp

Der Sprecher der NATO, Oberst Roland Lavoie, zeigt sich »überrascht« über den anhaltenden Widerstand in den libyschen Städten Sirte und Bani Walid gegen die mit schweren Waffen ausgerüsteten Kämpfer des Nationalen Übergangsrats (NTC). Mit seiner Überraschung über die Kampfstärke der Verteidiger outet sich der NATO-Oberst als vollkommener Ignorant. Oder er übersieht absichtlich die Verbrechen, die bei den jüngsten Eroberungen libyscher Städte von den fanatisierten islamistischen so genannten Misurata-Kämpfern, benannt nach der wochenlang umkämpften Küstenstadt, begangen worden sind, welche die Speerspitze der Offensive des Übergangsrats bilden. Inzwischen räumen selbst westliche Medien brutale Misshandlungen, Folter und Mord durch die Aufständischen ein.

In ARD und ZDF gezeigte Videos aus der Kampfzone zeigten jüngst, wie die Truppen des Übergangsrats mit Panzern, Granatwerfern und Flugabwehrkanonen aus sicherer Distanz in der Großstadt Sirte mit ihren mehr als 130000 Einwohnern wahllos ganze Wohnblöcke unter Feuer nehmen. Dabei war es unmöglich, zwischen Kämpfern und Zivilisten zu unterscheiden. Berichten afrikanischer Medien zufolge, die immer noch Kontakte in die belagerte Stadt haben, ist die Lage dort katastrophal. Wasser, Lebensmittel und vor allem Medikamente sind knapp oder gar nicht mehr vorhanden.

20.10.2011 Muammar Al-Ghaddafi wurde auf der Flucht erschossen.

22.10.2011 junge welt

»Die NATO und unsere Partner haben das historische Mandat des UN-Sicherheitsrates zum Schutz der libyschen Bevölkerung erfolgreich

umgesetzt«, verkündet derweil NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Eine zynischere Vollzugmeldung eines zu einem barbarischen Luftkrieg gegen Zivilisten umgedeuteten UN-Mandates zum Schutz der Zivilbevölkerung hat man bisher noch nicht gehört.

Die Freude kennt keine Grenzen

Von Joachim Guilliard Ausführliche Analyse im Internetblog des Autors: jghd.twoday.net

Nicht nur der verbrecherische Krieg gegen Libyen ist ein Rückfall ins 19. Jahrhundert, in die Zeit der Kolonialkriege. Auch die westlichen Medien fallen auf die moralischen Standards dieser Zeit zurück. Auf allen Fernseh-Kanälen und im größten Teil der Printmedien herrschte unverhohlene Freude über die Ermordung des gefangenen Staatsoberhauptes.

Es waren französische Kampffjets, die seinen Konvoy zusammenbombten und damit die siebenmonatige Jagd der NATO auf das Staatsoberhaupt eines einst souveränen Staates erfolgreich abschlossen. Die libyschen Verbündeten mussten – wie immer – das Werk am Boden nur noch vollenden. Die Freude im Westen ist gewissenlos und zynisch, war dem Angriff auf Gaddafis Konvoy doch eine zweimonatige Bombardierung und Belagerung der Küstenstadt Sirte vorausgegangen, durch die sie weitgehend zerstört und mehrere Tausend Bewohner getötet wurden.

Die Unverfrorenheit, mit der Frankreich, Großbritannien, die USA und ihre Verbündeten vor den Augen der Welt ein Land mit sechseinhalb Millionen angriffen, verwüsteten und dessen anerkannte Regierung stürzten, ist für die Länder im Süden alarmierend. Die Diskrepanz in der Wahrnehmung zwischen Nord und Süd könnte tatsächlich kaum größer sein: Während westliche Politiker und Medien den „Sieg des Volkes über Gaddafi“ feiern, wird der Krieg in Lateinamerika, Afrika und Asien als imperiales Verbrechen verurteilt. 200 prominente afrikanische Künstler, Wissenschaftler und Politiker prangerten im August z.B. in einer gemeinsamen Erklärung Frankreich, die USA und Großbritannien als „Schurkenstaaten“ an, und bezeichnen deren Politik als „ernsthafte Gefahr einer neuen Kolonialisierung“ des Kontinents.

Offenbar war das Interesse, den libyschen Staatschef lebend zu fangen, äußerst gering. Das ist verständlich, hätte ein Prozess gegen ihn doch in aller Deutlichkeit gezeigt, dass es für die Behauptungen, mit denen der Krieg gerechtfertigt wurde, keine Beweise gibt. Wie u.a. Stellungnahmen des Pentagon oder der Bundesregierung zeigen, waren sie ja schon zum Zeitpunkt der Verabschiedung der UN-Resolution haltlos gewesen.

Nur wer den Krieg in Libyen auf einen Kampf der Aufständischen gegen Gaddafi reduziert, kann glauben, dass er nun vorbei sei. Die

Aufständischen haben offensichtlich nur einen kleinen Teil der Libyer, vor allem im Osten, hinter sich und könnten sich bis heute nicht alleine behaupten. Insbesondere die Frauen, die bisher eine rechtliche Gleichstellung genossen wie sonst nirgends im arabischen Raum, dürften angesichts der angekündigten Wiedereinführung islamischen Rechts alarmiert sein.

Ein Land wird ausgeschlachtet

Von Joachim Guilliard Ausführliche Analyse im Internetblog des Autors: jghd.twoday.net

Die internationalen Medien waren in den letzten Tagen voll mit Schlagzeilen eindeutigen Inhalts: „Hatz auf den Profit bei der Aufteilung des Nachkriegs-Libyen“ titelte z.B. der Independent, und der Guardian macht mit „Das Rennen um Libyens Öl hat begonnen“ auf. Reuters meldete unter der Überschrift „Investoren begutachten Verheißungen und Fallstricke im Nach-Gaddafi-Libyen.“ Das Land verheißt eine Bonanza für westliche Firmen und Investoren zu werden“, sie seien in einer sehr guten Position, wenn nun Milliarden schwere Öl-Kontrakte neu verhandelt bzw. verteilt würden. Auch der Wiederaufbau des stark zerstörten Landes verheißt viel Profit.

Da die deutsche Regierung die Rebellen politisch und über die NATO-Partnerschaft auch indirekt militärisch unterstützte, werden die Aussichten deutscher Unternehmen in Libyen, wie die BASF-Tochter Wintershall wesentlich besser eingeschätzt als die von China, Rußland oder Brasilien. Dennoch heulen deutsche Medien und Politiker – von CDU/CSU, SPD bis zu den Grünen – wie eine Meute eingesperrter Jagdhunde darüber, dass Deutschland sich nicht voll und ganz an diesem lukrativen Feldzug beteiligt hat.

Der 1. September war bisher libyscher Nationalfeiertag, der Jahrestag des Sturzes des vom Westen eingesetzten König Idris. Dessen Sturz leitete die Entwicklung Libyens vom absoluten Armenhaus der Region zu einem Wohlfahrtsstaat ein. Das ist auf absehbare Zeit nun vorbei.

Im Oktober 2011 wurden die Texte zusammengestellt von Peter Weinowski, der damit einen Beitrag zum Politischen Nachtgebet vom 18.09. erweiterte.

Als Grundlage dienen:

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg Infos und Kontakt: Friedensladen im Eine Welt Zentrum Karlstor1 69117 Heidelberg. Von Joachim Guilliard www.hintergrund.de

Kamil Majchrzak, Telepolis, 29.04.2011 Kamil Majchrzak ist Völkerrechtler und Redakteur der polnischen Edition von Le Monde Diplomatique

Tageszeitung „junge welt“ und Wochenzeitung „Freitag“.

Im Nachgang zu Landgrabbing (Landraub) einem Thema des Wirtschaftsseminars 2011, ein weiterer Nachweis über das segensreiche“ Wirken von EU- und deutscher Wirtschaftspolitik. Bemerkenswert ist, wie es den „Veranstaltern“ immer wieder gelingt, Inwertsetzungs- und Verwertungsinteressen für Kapital hinter wohlklingenden Phrasen, wie z.B: Entwicklungshilfe – Partnerschaft - etc, zu verbergen. (vorgelegt von Paul Klein)

Ein Teil der Beziehung Europas zu Afrika ist die Aneignung von Ressourcen, ein anderer Teil ist die Erschließung von Märkten für den Export verarbeiteter Produkte.

Wangui Mbatia vom „People`s Parliament“ Kenia über die Auswirkungen der EU-Handelspolitik und der so genannten „Economic Partnership Agreements“ innerhalb Afrika:

Diese sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurden meines Erachtens falsch benannt, denn sie sind keine Partnerschaften. Und sie sind definitiv keine Abkommen. Die EU-Länder zwingen die Regierungen, Handelsabkommen abzuschließen, die sehr zu unserem Nachteil sind. Eine der Voraussetzungen des Partnerschaftsabkommens ist die Öffnung unserer Märkte für europäische Waren. Das Konzept des freien Marktes klingt ja sehr interessant und gut, aber wenn du die Konsequenzen für den Durchschnittsbürger siehst, dann ist es sehr negativ. Die europäischen Regierungen haben Geld genug, um ihre Landwirte und Produzenten zu subventionieren. Ihre Waren werden billiger, inklusive der Transportkosten. Es ist also möglich, billige europäische Waren in unseren Markt einzuführen, was damit endet, dass unsere Waren nicht länger wettbewerbsfähig sind. Milch, die nach Westafrika exportiert wird, erzeugt dort bereits eine Krise. In den meisten afrikanischen Ländern kommen mehr als die Hälfte unserer Waren in den Supermärkten aus dem Ausland. Unsere Industrie stirbt, unsere Landwirte kämpfen ums Überleben, aber noch wichtiger, unsere Bevölkerung wird zu bloßen Konsumenten reduziert, die keine Rolle mehr im Herstellungsprozess spielen. Es ist schwer, auszumachen, wie das auf lange Sicht weiter gehen soll. Wir werden höchstwahrscheinlich mehr an unseren nationalen und natürlichen Ressourcen aufgeben müssen, um dieser Art von Handel weiter aufrecht erhalten zu können. Wenn man ein Land mit lediglich einem Prozent des Bruttoinlandprodukts von Deutschland dazu verpflichtet, auf demselben Niveau mit Deutschland zu verhandeln, ist das nicht nur lächerlich, sondern ungerecht, es ist eine unglaubliche Ungerechtigkeit, weil es einfach nicht möglich ist. Man kann nicht von uns erwarten, auf Augenhöhe zu verhandeln. Man kann nicht von einem afrikanischen Bauern erwarten, mit einem deutschen Bauern in Wettbewerb zu treten, der 2 Euro täglich an Subventionen für seine Kuh bekommt. Der afrikanische Bauer lebt von weniger als einem Euro am Tag für seine ganze Familie. Die deutsche Kuh bekommt doppelt so viel wie der afrikanische Bauer. Es macht also wirklich keinen Sinn, von uns zu erwarten, unter diesen Umständen in Wettbewerb zu treten. Unsere Regierungen sind in

einer Kultur von Schulden, Entwicklungshilfe und Leid versklavt. Und die europäischen Länder, die europäische Gemeinschaft benutzen alle drei Aspekte auf die eine oder andere Weise, um ihre Ziele durchzusetzen. Wenn man sich nicht dem Willen der EU fügt, dann greifen EU-Länder in die Staatsschulden ein. Sie leihen den Staaten dann möglicherweise kein Geld mehr, welches sie für wichtige Dienstleistungen benötigen. Sie geben keine Hilfslieferungen mehr, von denen die afrikanischen Länder abhängig sind. Oder man beschneidet ihre Handelskapazitäten...“

In der Rohstoffstrategie der EU, die Anfang des Jahres 2011 vorgestellt wurde, heißt es: "Viele bedeutende Rohstoffvorkommen befinden sich in den Entwicklungsländern Afrikas und anderen Entwicklungsländern. Es empfiehlt sich, die EU-Entwicklungspolitik auf diskriminierungsfreien Zugang der EU zu Rohstoffen auszurichten, damit EU und Entwicklungsländer gleichermaßen gewinnen."

Das Bundeswirtschaftsministerium gründete im Oktober 2010 die Rohstoffagentur, um deutschen Unternehmen möglichst kostengünstigen Zugang zu Ressourcen zu verschaffen.

Daten und Fakten zur Rohstoffstrategie: s. Internet; Der Inhalt wurde aus „Kontext – die anderen Nachrichten“ (Internet) entnommen

Kontaktadressen

Diözesansprecherin: vakant

Diözesansprecher und Gruppe Koblenz:

Egbert Wisser, Bachweg 29c, 56072 Koblenz, Tel. 0261/21355

Geistlicher Beirat:

Horst Peter Rauguth, Kalkofenstr.46a; 66125 Saarbrücken, Tel. 0681/947190-14

Geschäftsführer:

Rudi Kemmer, Danziger Str. 48, 54516 Wittlich Tel. 06571/3310

Weitere Vorstandsmitglieder:

Gruppe Saar: Waltraud Andruet, Beim Kalkofen 8, 66793 Saarwellingen, Tel. 06838/82220

Gruppe Trier: Werner Schwarz, Auf der Träf 7, 54317 Korlingen, Tel. 06588/7760

Gruppe Wittlich: Joachim Willmann, Belinger Str. 39, 54516 Wittlich-Wengenrohr, Tel. 06571/3954

Gruppe Studenten: Michael Koob, Treverispassage 15, 54290 Trier, 0651/9927234

Öffentlichkeitsarbeit: Albert Hohmann, Am Meulenwald 34, 54343 Föhren, Tel. 06502/6729

Impressum

Der pax-christi-Rundbrief wird kostenlos an alle Mitglieder der katholischen Friedensbewegung pax christi im Bistum Trier verschickt.

V.i.S.d.PG: Albert Hohmann -Texte und Fotos von: AGF/Markus Pflüger, Annamalt, Edward Naujok, Waltraud Andruet, Heribert Böttcher, Paul Klein, Albert Hohmann, Egbert Wisser, Peter Weinowski

Soll Kooperationsabkommen Militärkritiker ruhig stellen?

Rot-grün setzt Bundeswehrwerbung an Schulen fort Kooperationsabkommen mit Friedensgruppen ist ein Feigenblatt

15 Friedensgruppen und kirchliche Stellen in Rheinland-Pfalz haben als „Netzwerk Friedensbildung“, eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kultusministerium als Pendant zur Bundeswehr-Kooperation unterzeichnet. Mindestens genauso viele Friedensgruppen, [politische Organisationen, Schüler- und Lehrerverbände, darunter](#) auch christliche Organisationen wie Pax Christi Trier und das Ökumenische Netz Rhein-Mosel Saar sind jedoch gegen diese Vereinbarung.

„Unsere Kritik: diese Vereinbarung legitimiert und stabilisiert die bestehende Bundeswehrkooperation. Zudem ist sie ein Feigenblatt, da der umfassende Werbefeldzug der Bundeswehr mit extra dafür geschultem Personal, teurem Material und viel Geld nicht durch einige Friedensgruppen "ausgeglichen" werden kann.“ so Markus Pflüger von der AG Frieden Trier "Friedensbildung an Schulen kann und sollte auch ohne so eine umstrittene Vereinbarung verstärkt werden. Wir brauchen keine eigene Kooperation, sondern ein Ende der Bundeswehrkooperation.“

[„Da auch Minderjährige fürs Militär geworben werden, verstößt sie laut Kinderrechtsorganisationen¹ gegen die UN-Kinderschutzkonvention. Zudem werden Grundsätze politischer Bildung gefährdet². Auch der Widerspruch zum Schulgesetz ist offenkundig.](#) Die Bundeswehr ist in der gesamten Gesellschaft schon massiv präsent und hat weiterhin mehr Möglichkeiten und Geld um Jugendliche anzusprechen: im Fernsehen, in (Schüler)Zeitungen, im Internet, auf Ausbildungsmessen, in der Arbeitsagenturen, auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen, da braucht die Schule nicht noch eine exklusive Bühne abgeben“ so Achim Müller von der GEW Kaiserslautern

„Die Kooperation ist ein Feigenblatt, gravierende Ungleichheiten zwischen dem umfassenden Werbefeldzug der Bundeswehr mit Jugendoffizieren und Friedensgruppen auch bei wohl angedachten Reisekostenerstattung o.ä. können nicht ausgeglichen werden, genau das suggeriert die Vereinbarung aber und schwächt so Aktivitäten für Schulen ohne Militär.“ ergänzt Elke Koller vom Internationalen Versöhnungsbund.

„Die Kooperation solle wohl Militärkritiker beruhigen, doch es muss klar sein: der Werbefeldzug der Bundeswehr wird aktuell noch verstärkt, er sollte an der Schule keine exklusive Bühne behalten, wir setzen uns daher weiterhin für Schulen ohne Militär ein, zwei Schulen haben schon entsprechende Beschlüsse gefasst. Nach den Koalitionsverhandlungen wurde klar: die Antwort der Landesregierung auf die Kritik an der Bundeswehrkooperation ist nur ein weiteres Kooperationsabkommen, das einen keineswegs

gewährleisteten gleichberechtigten Zugang von Bundeswehr und Friedensgruppen zu Schulen vortäuschen soll und Kritik an der Werbung für Krieg und Militär in den Schulen verstummen lassen soll." stellt Egbert Wisser von Pax Christi Bistum Trier kritisch fest.

„Die Friedensgruppen in der Initiative Schulen ohne Militär in RLP werden sich weiterhin gegen die Bundeswehr an den Schulen engagieren. Das fragwürdige Kooperationsabkommen des Bildungsministeriums zur Friedensbildung ist auch für die daran Beteiligten kein Grund, das Ziel Bundeswehrwerbung aus Schulen zu verbannen, aus den Augen zu verlieren. Jetzt gilt es, verstärkt SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen zu erreichen, damit sich diese für Schulen ohne Militär engagieren.“ so Dr. Gernot Lennert von der DFG-VK RLP. Die Initiative bietet Material und Unterstützung dafür an: www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de

Hier auch weitere Informationen wie Schulbeschlüsse für Schulen ohne Militär sowie Anträge für Unterrichtsbefreiung wenn die Bundeswehr an die Schule kommt sowie Stellungnahmen von GEW, terre des hommes, Katholikenrat u.v.m.

Ansprechpartner für Rückfragen und Interviews: Markus Pflüger (AG Frieden Trier) T. 0651/9941017

¹ http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/bundeswehr.htm

² <https://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/kriegseinsatz-im-klassenzimmer/>



Und wie sieht es mit der Kirche aus? Gottesdienst mit Bischof Ackermann anlässlich der Bundesgartenschau in Koblenz

Die neue Freiheit kommt per Luftballon

Seifenblasen, Luftballons, Windeier oder Luftschlösser haben eins gemeinsam. Sie sind hohl, zerplatzen schnell und dann hat man nur noch Luft in der Hand – also gar nichts.

Versprechen der Regierungen auf Frieden und die Hoffnung der Menschen auf Freiheit erweisen sich ebenfalls oft als Seifenblasen, die beim Aufschlag in alle Regenbogenfarben zerplatzen. Oft wechselt nur die Uniform ihre Farbe und die Menschen gehen leer aus.

Manchmal bekommen die Menschen nach einem Machtwechsel Dinge geschenkt, mit denen sie gar nichts anfangen können, eine neue Kultur nach dem Motto – friß oder stirb.

Es ist auch so, dass die neue Freiheit fast immer mit den Panzern gebracht wird.

In der linken Bildseite können wir diesen Panzer erkennen, wie er aus luftigen Höhen mittels Fallschirmen - oder sind es Luftballons – auf einem Hochplateau in Afghanistan schwebt.

Damit sich die Menschen vor den Panzern nicht allzu sehr fürchten und an die guten Absichten der Panzerführer glauben, schmeißt man gleichzeitig gelbe Carepakete vom Himmel.

Im Bildvordergrund sehen wir drei afghanische Frauen, die so ein Lebensmittelpaket gefunden haben. Die Nationalflagge zeigt den Absender des Geschenks.

Nur die drei Frauen wissen nicht, was sie mit diesem Paket anfangen sollen oder könnten. So einen gelben Plastikbeutel haben sie noch nie in ihrem Leben gesehen und die Schrift ist in einer Sprache, die sie nicht lesen können.

Soll das die neue Freiheit sein, von der sie im Radio gehört haben?

Karawanen ziehen zum Wohlstand

Seit tausenden von Jahren ziehen die Karawanen durch die Wüstenstaaten des Nahen und Mittleren Osten. Die weiten Handelswege brachten den Bewohnern der Staaten einst Reichtum und Wohlstand. Aber ebenso viele Auseinandersetzungen und Kriege beim Kampf um die wertvollen Güter.

Auch in unserer Zeit bestimmt die Ware, das Öl, das Schicksal dieser Wüstenregionen.

In der hinteren oberen Hälfte des Bildes erkennen wir eine Ölraffinerie mit ihrer typischen Erdgasfackel. Die Fabrik leuchtet, als wäre sie selbst

der Sonnenaufgang und wollte den neuen Tag erhellen. Ansonsten scheint der Himmel verdunkelt.

Unterhalb der Raffinerie sehen wir die Kamele nach Osten ziehen. Aber auf der gleichen Straße ziehen auch Panzerkolonnen nach Westen. Diese gegensätzliche Bewegung und die unterschiedlichen Transportmittel bedeuten Krieg in diesem Land. Die Panzer bringen nur eine Ware – den Tod.

Im Bildvordergrund sehen wir zwei Soldaten am Lagerfeuer. Gibt es eine Kriegspause? Ist es Nacht oder ist der Himmel durch Pulverrauch verdunkelt?

Was auf den ersten Blick gemütlich aussieht, kann auch die Ruhe vor dem Sturm sein. Oder ein paar Minuten Erholung zwischen den Gefechten, die man nutzen muß, um seine Stiefel vom Schweiß zu trocknen und sich mit einem Gespräch neuen Mut zu machen.

Das Gewehr wird jedoch nicht aus der Hand gelegt und es ist auch keine Zeit, die Uniform auszuziehen.

Denn es geht darum die Handelswege zu erobern und den Wohlstand zu sichern.

DU böse

Das sagt der Ur-Urenkel eines Sklaven und zeigt mit dem Finger auf den amtierenden Präsidenten.

Ein machtgeiles Milchgesicht hat sich auf den Thron gesetzt und einen Kreuzzug gegen die so genannte Achse des Bösen ausgerufen. Der Welt hat er damit zwei andauernde Kriege und etliche Krisenherde beschert. In seiner Amtszeit wurde die Folter wieder hoffähig gemacht und Kriegsgefangene verschleppte man zu hunderten auf eine Karibikinsel. Dort konnten sie jahrelang auf ein Gerichtsverfahren warten.

Doch mit seinen Befehlen und Anordnungen folgt er nur der Tradition vieler Präsidenten und Kriegsfürsten, die der Welt eine neue Freiheit mit Gewehr kugeln bringen.

Voller Stolz, die Menschheit von den Bösen befreit zu haben, heftet er sich dafür selbst den Orden des Weltherrschers ans Jackett. Ohne die Opfer und die Spur seiner Verwüstungen eines Blickes zu würdigen.

Am Ende der Amtszeit wird ihm noch eine besondere Ehre zuteil und er bekommt ein Abschiedsgeschenk aus einem eroberten Land. Da ihm seine neuen Untertanen keinen Arschtritt verpassen konnten, schmeißen sie als Zeichen der Verachtung Schuhe nach dem Präsidenten.

Edward Naujok



Eindrücke vom Antikriegstag in Saarbrücken und der Afghanistan-demonstration in Bonn

Oben:
Waltraud Andruet
bei ihrer Rede in
Saarbrücken



Oben und Links:
pax christi Trier bei
der Demonstration
in Bonn
(Egbert, Waltraud)



Annamalt: Du Böse